

## 60. Sitzung

am Dienstag, dem 23. November 2010, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 5109

**Geburtstagswünsche** für die Abgeordneten  
**Thorsten Glauber, Helga Schmitt-Bussinger** und  
Ministerpräsident a. D. **Dr. Günther Beckstein** . 5109

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO** auf Vor-  
schlag der FDP-Fraktion  
**"Olympiabewerbung 2018 - Vorteile für Bay-  
ern"**

Julika Sandt (FDP)..... 5109 5111  
Staatsminister Siegfried Schneider 5109 5111 5113  
5114 5115 5116 5117 5118  
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5111 5117  
Susann Biedefeld (SPD)..... 5112  
Florian Streibl (FW)..... 5113  
Martin Bachhuber (CSU)..... 5114  
Klaus Stöttner (CSU)..... 5114  
Berthold Rüth (CSU)..... 5115  
Diana Stachowitz (SPD)..... 5116  
Prof. Dr. Michael Piazolo (FW)..... 5118

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO** auf Vor-  
schlag der SPD-Fraktion  
**"Jetzt handeln - Verjährungsfristen für Verwal-  
tungsräte und Vorstände von Banken verlän-  
gern"**

Harald Güller (SPD)..... 5118  
Alexander König (CSU)..... 5120 5122  
Bernhard Pohl (FW)..... 5122  
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 5123  
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 5124  
Philipp Graf von und zu  
Lerchenfeld (CSU)..... 5125  
Franz Schindler (SPD)..... 5126  
Alexander Radwan (CSU)..... 5127  
Staatsminister Georg Fahrenschon..... 5127

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Markus Rinder-  
spacher, Dr. Simone Strohmayr, Dr. Paul Wengert  
u. a. und Fraktion (SPD)  
**eines Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes  
des Freistaates Bayern (BayEZAG)**

(Drs. 16/6084)

- Erste Lesung -

Dr. Simone Strohmayr (SPD)..... 5129 5134  
Hermann Imhof (CSU)..... 5131  
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5131  
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 5133  
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)..... 5134

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5135

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Hubert Aiwan-  
ger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u. a. und  
Fraktion (FW)

**zur Änderung des Sparkassengesetzes**

(Drs. 16/6191)

- Erste Lesung -

Joachim Hanisch (FW)..... 5135  
Josef Zellmeier (CSU)..... 5135  
Franz Schindler (SPD)..... 5136  
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 5137  
Jörg Rohde (FDP)..... 5138  
Staatssekretär Gerhard Eck..... 5138

Verweisung in den Kommunalausschuss..... 5139

**Überprüfung der Gültigkeit des Volksent-  
scheids vom 4. Juli 2010**  
**nach Art. 80 Landeswahlgesetz**

Beschlussempfehlung des  
Verfassungsausschusses (ber. Drs. 16/6198)

Beschluss..... 5139

**Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Beschluss..... 5139

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten

Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Klare Absage an eine Realisierung des Autobahn-Südrings A 99 (Drs. 16/5217)**

Beschlussempfehlung des  
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/6030)

und

**Antrag** der Abgeordneten

Dr. Otmar Bernhard, Erwin Huber, Eberhard Rotter u. a. (CSU),

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. (FDP)

**Autobahn-Südring A 99 (Drs. 16/5379)**

Beschlussempfehlung des  
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/6034)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE)..... 5139 5141

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU)..... 5140

Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 5141

Tobias Thalhammer (FDP)..... 5142 5143

Natascha Kohnen (SPD)..... 5143 5144

Alexander Muthmann (FW)..... 5144

Staatssekretär Gerhard Eck..... 5144

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/5217 (s. a. Anlage 2)..... 5145

Erklärung gem. § 133 Abs. 2 GeschO zur Abstimmung

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)..... 5145

Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Antrag 16/5379 (s. a. Anlage 3)..... 5145

Schluss der Sitzung..... 5146

(Beginn: 14.05 Uhr)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich möchte gerne mit der Sitzung beginnen. - Ich eröffne hiermit die 60. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, wie das Praxis in diesem Hause ist, bereits erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Glückwünsche aussprechen, was ich immer sehr gerne tue. Am 21. November feierte Kollege Thorsten Glauber einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Heute feiert Frau Kollegin Helga Schmitt-Bussinger Geburtstag. Glückwunsch! Die Rose steht schon bereit. Wir geben ihr alle guten Wünsche mit auf den Weg, auch was die Gesundheit und vor allem die Arbeit anbelangt.

(Allgemeiner Beifall)

Heute feiert auch Kollege Dr. Günther Beckstein Geburtstag. Wir wünschen ihm ebenso alles Gute, Gesundheit, viel Kraft und weiterhin gutes Schaffen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion  
"Olympiabewerbung 2018 - Vorteile für Bayern"**

Zuständig für die Beantwortung der Fragen ist der Leiter der Staatskanzlei. Ich darf Sie, Herr Staatsminister, ans Redepult bitten. - Erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Sandt. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Julika Sandt (FDP):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, im Zuge der Olympiabewerbung sind zahlreiche wichtige Infrastrukturprojekte geplant. Wir erwarten während der Spiele und natürlich auch danach zahlreiche Gäste. Das wird der lokalen Wirtschaft sicherlich starke Impulse geben, von denen sie profitieren wird. Die Olympischen Spiele 1972 und die Fußball-WM 2006 haben das Bild Deutschlands in der Welt positiv verändert. Für ein Exportland wie Bayern ist das sicherlich von zentraler Bedeutung.

Meine erste Frage: Welche Chancen versprechen Sie sich von der Olympiabewerbung und der Austragung der Olympischen Winterspiele für den Standort Bay-

ern? Diese Frage bezieht sich auf die wirtschaftlichen Chancen.

Ich komme direkt zu meiner zweiten Frage: Welche Impulse werden nach Ihren Erwartungen die Olympischen Spiele für den Breitensport und die Paralympischen Spiele für den Behindertensport in Bayern geben? - Man muss schließlich sehen, dass die Sportstätten stark ausgebaut werden; zum Zweiten haben die Sportbegeisterung, die Atmosphäre und gerade auch die Bewunderung für die behinderten Sportler sehr positive Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft und die Motivation junger Menschen.

In meiner dritten Frage geht es um das Thema Umwelt. 18 Umweltprojekte sind laut dem Bid Book geplant. Die GRÜNEN - das wissen wir - reden das alles schlecht; denen geht das alles nicht weit genug. Man darf aber jetzt nicht nur betrachten, welche Infrastruktur einerseits verwirklicht wird und welche Umweltprojekte wir andererseits haben, sondern man muss das Ganze im globalen Kontext sehen. Olympische Spiele gab es schon in der Antike. Wir haben seit dem 19. Jahrhundert wieder Olympische Spiele. Der olympische Gedanke findet hoffentlich weitere Zustimmung, und zwar nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip und dem Motto: Die sollen doch woanders die Umwelt zerstören. Meine Frage zielt darauf ab: Wie sind Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit in der Münchner Olympiabewerbung im Vergleich mit den Mitbewerberstädten Annecy in Frankreich und Pyeongchang in Südkorea zu bewerten?

In meiner vierten Frage geht es darum: Wie hoch werden die Kosten der Olympischen Spiele aus Ihrer Sicht wirklich sein, und wie bewerten Sie die Kosten-Nutzen-Relation?

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Frau Kollegin, Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, die vier Fragen nacheinander zu beantworten. Zunächst einmal ist klar, dass Spiele in dieser Größenordnung natürlich Auswirkungen auf das Renommee Bayerns haben. Anlässlich der Olympischen Sommerspiele von 1972 oder auch der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 haben sich weltweit viele Menschen versammelt, um diese Sportgroßereignisse mitzuverfolgen. Man ahnt, auch bei den Winterspielen 2018 wird ein Milliarden-Fernsehpublikum tagtäglich Bilder aus Bayern und aus Deutschland präsentiert bekommen. Wir haben die Chance, uns als weltoffenes Land zu zei-

gen. Jeder erinnert sich daran, welch ein Ruck nach der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 durch die Welt gegangen ist. Deutschland hat sich als begeisterungsfähiges, weltoffenes und gastfreundliches Land gezeigt. Bayern wird in besonderer Weise Herzlichkeit und Gastfreundlichkeit auf der einen Seite, aber auch Organisationstalent und Durchführungsfähigkeit auf der anderen Seite unter Beweis stellen. Wir können damit insgesamt positive Impulse für ganz Bayern und Deutschland geben. Deshalb ist die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele und die Paralympischen Winterspiele 2018 nicht nur eine bayerische, sondern eine nationale Angelegenheit.

Ich komme zum zweiten Fragenkomplex: Was bedeutet das für die wirtschaftliche Entwicklung? - Wir haben zwei große Themenkomplexe. Das sogenannte Non-OCOG-Budget umfasst Infrastrukturmaßnahmen, die erhalten bleiben sollen. Das sind Verkehrsmaßnahmen und Sportstättenmaßnahmen mit einem Volumen von rund 1,5 Milliarden Euro, die durch die Olympischen Spiele ausgelöst werden. Das wirkt in Bayern fast wie ein Konjunkturpaket. Der Kramertunnel und der Wanktunnel im Straßenbau oder Schienenverkehrsmaßnahmen hängen beispielsweise direkt mit der Olympiabewerbung zusammen. Ich denke darüber hinaus an den Ausbau der A 8 und die Ortsumfahrung von Bad Reichenhall sowie die zweite Stammstrecke in München. Das sind Maßnahmen, die auch ohne die Durchführung der Olympischen Winterspiele notwendig wären und die im Bedarfsplan enthalten sind. Diese Maßnahmen können natürlich mit den Olympischen Spielen schneller verwirklicht werden, weil mehr Mittel nach Bayern fließen werden.

Der Themenkomplex "Wirtschaftliche Impulse" wurde vom Wirtschaftsministerium für die Region Garmisch-Partenkirchen bearbeitet. Dabei zeigte sich, dass wirtschaftliche Effekte in einem hohen dreistelligen Millionenbereich zu erwarten sind. Das sind natürlich nur Berechnungen, die acht Jahre vorher, also im Vorfeld stattfinden. Man kann aber davon ausgehen, dass die gesamte Region davon profitieren wird.

Ganz entscheidend sind die Paralympischen Spiele. Für behindertengerechte Spiele ist eine Barrierefreiheit nicht nur bei den Sportstätten wichtig, sondern auch im öffentlichen Personennahverkehr. Ich erwarte, dass ein Ruck durch die Bevölkerung und durch alle Verantwortungsträger gehen wird und sie alle Investitionen auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit sehen werden. Wir wollen einen Teil der Kapazitäten für Zuschauer barrierefrei ausstatten und hoffen, dass wir die barrierefreie Erreichbarkeit der Sportstätten durch die Paralympics weiter verbessern. Ich möchte hier auch Investitionen an Bahnhöfen ins Feld führen.

Die dritte Frage betraf das Umweltkonzept. Ich möchte jetzt nicht - das ist uns aus gutem Grunde auch verboten - über die Mitbewerber sprechen. Ich möchte aber doch festhalten, was das IOC in der Punktzahl beim Mini Bid Book festgestellt hat, dass es nämlich keine andere Bewerbung gibt, die gerade dem Aspekt der Umweltpolitik so viel Aufmerksamkeit geschenkt hat und dort so viele positive Impulse setzen wird wie die Bewerbung von München und Garmisch-Partenkirchen. Wer für Olympische Spiele ist, kann nicht sagen, er lehne sie hier ab und sie sollten irgendwo anders stattfinden. Man muss vielmehr die Gesamtbilanz sehen, und mit ihrer Gesamtbilanz kann sich unsere Bewerbung sehr gut sehen lassen. Wir haben den Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit stark berücksichtigt. Einen Großteil der Sportstätten haben wir bereits gebaut, sodass nur noch wenige zusätzliche Investitionen notwendig sind. Wir werden einen Flächenverbrauch von etwa 0,5 ha haben, also einen relativ geringen zusätzlichen Bedarf. Ich bin davon überzeugt, dass es keine andere Bewerbung gibt, die auf dem Umweltsektor derart punkten kann wie unsere Bewerbung.

Hinzu kommt, dass das olympische Erbe, das immer im Fokus steht, von uns dadurch gewahrt wird, dass das Olympiastadion von 1972 nicht nur in die Bewerbung eingebunden ist, sondern dass dort ein Teil der Olympischen und Paralympischen Spiele 2018 stattfinden wird.

Nun zu den Kosten. Ich habe gesagt, für den Non-OCOG-Bereich sind es 1,5 Milliarden Euro. Für die Durchführung rechnen wir mit 1,3 Milliarden. Der Beitrag des Freistaates beläuft sich auf etwa 225 Millionen. Hinzu kommen natürlich Investitionen, die im Rahmen der regulären Förderung notwendig sind. Von diesen 225 Millionen sind etwa 100 Millionen für das Mediendorf vorgesehen, das in München entstehen wird. Es wird dazu beitragen, dass der Wohnungsmarkt in der Landeshauptstadt München entlastet wird. Etwa 60 Millionen sind für Sportstätten eingeplant. So sollen das Eisstadion in Garmisch-Partenkirchen auf den neuesten Stand gebracht und das Alpstizbad saniert und renoviert werden. 40 Millionen sind für Umweltmaßnahmen vorgesehen, wovon ein Teil für das Zentrum für Nachhaltigkeit in Garmisch-Partenkirchen gedacht ist. Der Freistaat wird wie der Bund 15 Millionen einbringen, um die Paralympischen Spiele auf hohem Niveau durchführen zu können. Die Landeshauptstadt wird sich meines Wissens zusätzlich mit 5 Millionen beteiligen.

Das sind die Kosten, die der Freistaat schultern wird und schultern muss. In diese Kosten sind aber sinn-

volle und notwendige Maßnahmen eingebettet, gerade hinsichtlich der Verkehrslast.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Eine weitere Nachfrage: Frau Kollegin Sandt, bitte.

**Julika Sandt (FDP):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielen Dank für die umfassende Antwort; da bleibt nur noch ganz wenig offen. Ich habe nur noch eine Frage. Sie erwähnten soeben den barrierefreien Ausbau im öffentlichen Personennahverkehr, was für den Standort eine wichtige Neuerung ist. Wie viel Geld soll denn in diesen Bereich fließen?

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Ich kann die Zahlen nicht genau angeben. Wir werden beispielsweise die Bahnhöfe, die an der Strecke liegen, daraufhin untersuchen, ob sie bereits barrierefrei sind, und werden Maßnahmen ergreifen, damit sie bei den Olympischen Spielen barrierefrei sein werden. Wir haben in der Bewerbung angegeben, dass ein ausreichender Prozentsatz der Zuschauertribünen auch barrierefrei zu erreichen ist. Solche Maßnahmen müssen nicht immer sofort Mehrkosten verursachen. Wichtig ist auch, dass die Planer dieses für uns wichtige Thema von Anfang an im Kopf haben. Ich war bei den Paralympischen Spielen in Vancouver ganz bewusst mit der bayerischen Behindertenbeauftragten, um mit ihr die Strecken abzugehen und die Zufahrten zu beobachten. Sie wird uns zum Themenkomplex der Barrierefreiheit eine Rückmeldung geben. Wir haben in der Bewerbergesellschaft - und künftig im Olympischen Komitee - eine Mitarbeiterin aus dem paralympischen Sport, damit eine bestmögliche Bearbeitung dieses Themas gewährleistet wird.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Jetzt darf ich Kollegen Hartmann bitten.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Zunächst eine Vorbemerkung: Wir haben uns nicht pauschal gegen Großveranstaltungen ausgesprochen, sondern wir sprechen uns klipp und klar gegen eine ökologisch und ökonomisch höchst zweifelhafte Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 aus.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Meine erste Frage gilt den Kosten. Sie haben soeben den Unterschied zwischen dem Non-OCOG-Budget und dem OCOG-Budget angesprochen. Das OCOG-Budget dient ausschließlich der Durchführung der Winterspiele. Das Non-OCOG-Budget dient laut Ihrer Aussage, die auch richtig ist, dauerhaften Investitionen, zum Beispiel dem Straßen- und Schienenausbau. Wie kann es dann eigentlich passieren, dass im

Non-OCOG-Budget bis zu 50 Millionen Euro für Sicherheitsmaßnahmen während der Spiele vorgesehen sind? Das sind definitiv keine Investitionen, sondern nur Ausgaben für die Spiele und müssten über das OCOG-Budget laufen. Sie schreiben in einer Erklärung, die uns vorliegt, immer wieder, das seien nur Sicherheitskosten innerhalb der Stadien und des Olympischen Dorfes. Man muss aber während der Spiele doch auch für die Sicherheit im Außenbereich sorgen. Warum läuft das über das Non-OCOG-Budget?

Im Non-OCOG-Budget ist ein Kostenpunkt vorgesehen, der sich "Gudiberg - Hausberg - Schwaiganger" nennt. Da heißt es wörtlich: "Permanenter Kostenanteil für die Errichtung temporärer Wettkampfstätten." Dafür möchte ich gerne eine Erklärung hören. Permanenter Kostenanteil für temporäre Anlagen, das ist für mich ein Widerspruch. Ich habe gedacht, es ist klipp und klar geregelt, dass temporäre Wettkampfstätten komplett über das OCOG-Budget finanziert werden.

Des Weiteren hätte ich die Frage, wie Sie sicherstellen können, dass die anderen Regionen in Bayern auf ihre Verkehrs- und Infrastrukturprojekte bis 2018 nicht verzichten müssen, obwohl die gesamten Gelder in den Großraum Garmisch-Partenkirchen fließen.

Ein weiterer Bereich bezieht sich auf meine Frage, ob Sie dem zustimmen, was der DOSB-Präsident Thomas Bach gestern im "Tagesspiegel" zum Investitionsbudget geäußert hat: "Aber wir brauchen keine neuen Eisenbahnlinien, keine neuen Straßen." Wie stehen Sie dazu? Fühlen Sie sich von dieser Aussage nicht ein bisschen veräppelt? Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass eine ganze Reihe von Verkehrsprojekten mit ins Spiel kommen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Vielen Dank, Herr Hartmann. Zunächst stelle ich fest, dass Sie gerade versuchen, ein paar Randthemen hochzuziehen, die zwar mit der Bewerbung zusammenhängen, aber nicht die Essentials unserer Bewerbung sind. Ich gehe aber trotzdem gerne darauf ein.

Ihre Anmerkung, dass das Projekt ökologisch zweifelhaft sei, weise ich zurück. Die GRÜNEN selbst sind federführend bei der Erarbeitung des Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzepts. Dort ist auch eine Person, die Ihrer Partei angehört. Die GRÜNEN sagen, auch ausweislich des Protokolls, dass es die "ökologischsten Spiele" sind, die jemals stattgefunden haben. Das ist nicht irgendjemand, sondern Ihr Vertreter im Sportausschuss, und Ihre Münchner Stadtratskollegin be-

tont das genauso. Also hören Sie auf zu sagen, das Projekt sei ökologisch zweifelhaft. Die Ökologie ist das Aushängeschild unserer Bewerbung. Das wird weltweit anerkannt, nur von den GRÜNEN nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU, der SPD, der FDP und der Freien Wähler)

Zu den Themen Non-OCOG/OCOG haben wir Fachleute eingesetzt. Das sind Beratungsfirmen, das sind Universitätsprofessoren, die für uns Zahlen berechnet haben. Es geht um Leistungen der Sicherheit, die für die Durchführung notwendig sind, aber auch um Leistungen, die permanent sind. Jede Einrichtung hat natürlich Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen, die auch nach den Spielen gewährleistet sein müssen.

Ähnliches gilt für die Anlagen. Am Gudiberg gibt es permanente und temporäre Bereiche. In unserer Bewerbung ist es letztlich so, dass wir manche Dinge eben nur temporär und nicht permanent am Ort der Olympischen Spiele haben müssen und haben werden.

Was das Thema Verkehrsinfrastruktur betrifft, so sind wir mit dem Bund in Verhandlungen wegen einer Sonderförderung. Das ist vom Bund auch zugestanden. Es gibt eine Arbeitsgruppe Bund/Land, die genau diese Fragen stellt, weil wir deutlich gemacht haben, dass der Topf, der jetzt für Bayern vorhanden ist, für ganz Bayern zur Verfügung steht, also für Verkehrsmaßnahmen, die in allen Regionen Bayerns notwendig sind. Wenn wir den Zuschlag für Olympia bekommen - das hat der Bund auch mit seiner Unterschrift zum Bid Book bekannt -, dann kommen zusätzliche olympiabedingte Verkehrsmaßnahmen hinzu. Darüber wird derzeit mit dem Bund in einer Arbeitsgruppe verhandelt, und nach dem Zuschlag wird auch festgelegt, aus welchen Töpfen und bei welchen Häusern das veranschlagt wird.

Zu Ihrer letzten Frage. Ich habe das nicht gesehen und nicht gehört. Aber eindeutig ist, dass wir keine neue Eisenbahnstrecke brauchen, sondern wir ertüchtigen die Strecke nach Garmisch-Partenkirchen: zum Teil soll sie zweigleisig werden, aber auch eine Taktverdichtung ist vorgesehen. Das war ein großer Wunsch der Bevölkerung vor Ort und das ist auch notwendig, um Garmisch-Partenkirchen letztlich auch mit München schneller zu verbinden.

Wir brauchen neue Straßen in dem Sinn, dass wir die Umfahrung Oberau angehen müssen. Dies wird seit 20, vielleicht 30 Jahren aus der Region Garmisch-Partenkirchen gefordert. Wir können es schneller machen durch die Olympiabewerbung. Ähnliches gilt für den Kramertunnel, für dessen Bau bereits die ersten Bohrungen stattfinden, und auch für den Wanktunnel.

Beide sind im Bedarfsplan enthalten, ließen aber ohne Olympische Winterspiele möglicherweise etwas länger auf sich warten.

Also, wir brauchen Ertüchtigungen, aber das sind Ertüchtigungen, die wir auch ohne Olympische Spiele bräuchten. Wenn die GRÜNEN uns unterstützen, gerade bei der Infrastruktur, bei den Straßen und Verkehrsmaßnahmen, die auch ohne die Olympischen Spiele notwendig sind, wären wir darüber sehr froh.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Biedefeld das Wort erteilen.

**Susann Biedefeld (SPD):** Herr Minister, die Austragung der Olympischen und der Paralympischen Spiele kann für Bayern und für ganz Deutschland eine einmalige Chance werden. So sehen wir das.

Wir sehen aber auch gewisse Voraussetzungen, zum Beispiel was Transparenz und Information betrifft. Meine erste Frage dazu: Wie wollen Sie gewährleisten, dass sowohl der Bayerische Landtag mit seinen Ausschüssen als auch die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich wirklich transparent informiert werden im Hinblick auf Kostenentwicklung, Sicherheit, Ökologie, Wirtschaftlichkeit und anderes mehr?

Zum anderen schließe ich mich der Frage des Kollegen Hartmann an. Uns geht es darum, dass diese Olympischen Spiele ein Erfolg werden, der in alle Regionen Bayerns ausstrahlt, was den Nutzen betrifft. Von daher meine Frage: Wie will die Bayerische Staatsregierung gewährleisten, dass Mittel nicht schwerpunktmäßig im oberbayerischen Raum eingesetzt werden, sondern auch in anderen Bezirken, und dass zwingend erforderliche Infrastrukturprojekte in Bayerns Staatsstraßenbau, aber auch der Ausbau des Breitbandnetzes und Tourismusmaßnahmen in den anderen Regierungsbezirken kontinuierlich weiterfinanziert werden? Ich glaube, das ist eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Olympischen Spiele bayernweit, dass in den nächsten Jahren der Schwerpunkt nicht in Oberbayern liegt.

Sie haben den Bund angesprochen. Wie viele Mittel sind da konkret im Gespräch? Und werden diese Mittel, sollten sie nicht über ein Sonderbudget vom Bund fließen, vom Land im Hinblick auf das Landesentwicklungsprogramm kompensiert, das vorgibt, in allen Landesteilen in Bayern vergleichbare Lebensbedingungen zu gewährleisten bzw. zu realisieren?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):**

Verehrte Frau Kollegin, es ist zumindest ein Gebot der Klugheit, die Themen transparent zu behandeln. Wir spüren das bei allen Großprojekten. Je offener man mit den Themen umgeht, auch mit den kritischen Themen, je offener die Menschen informiert werden, umso leichter ist es, Menschen zu gewinnen.

Wir haben deshalb ein Olympiagesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht, um diese Transparenz zu gewährleisten. Wir werden selbstverständlich - das habe ich im Haushaltsausschuss zugesagt - die Informationen an den Bayerischen Landtag weitergeben, sobald uns neue vorliegen. Eines muss man auch wissen: Die Ausgaben Bayerns sind nicht mit einem Freibrief für die Bayerische Staatsregierung verbunden, sondern der Haushalt wird im Bayerischen Landtag diskutiert und verabschiedet. Da werden auch die Maßnahmen und die Investitionen, die der Freistaat tätigt, diskutiert werden.

Ich selbst war nicht nur mehrmals in Garmisch-Partenkirchen, sondern ich war vor 14 Tagen auch auf einer Bürgerversammlung in Ohlstadt und werde diese Woche noch auf einer Bürgerversammlung in Murnau sein, um den Menschen das, was man jetzt bereits erklären kann, zu erklären und ihre Fragen zu beantworten und vielleicht auch die eine oder andere Aufgabe mit nach Hause zu nehmen. Das gehört zu diesem Prozess.

Das zweite Thema: Die Absicht, dass alle Regionen profitieren sollen, ist uns ein großes Anliegen. Auch wenn die olympischen Austragungsorte in München, in Garmisch-Partenkirchen, Schwaiganger und im Berchtesgadener Land sind, werden wir dafür werben, dass die Trainingsmöglichkeiten, im Allgäu, im Bayerischen Wald und in anderen Destinationen des Oberlandes genauso genutzt werden. Eine Werbung für den Standort Bayern hat natürlich Auswirkungen auf den gesamtbayerischen Raum, gerade was den Tourismus betrifft.

Aber auch Ihre Frage liegt uns sehr am Herzen: Die Mittel, die wir für den jährlichen Bedarf haben, sollen nicht allein auf Oberbayern konzentriert werden. Deshalb verhandeln wir auch mit dem Bund, der sagt: Lasst erst einmal die Werbung erfolgreich sein, dann wird verhandelt. Wir wissen, dass wir mehr Mittel für Bayern brauchen. Die sind im Bid Book enthalten, und der Bund ist auch für die Finanzierung dieser Maßnahmen zuständig. Darum gibt es auch eine Zusage, dass nach einem Zuschlag darüber verhandelt wird.

Man kann natürlich Spiegelfechterei betreiben und sagen, man müsste jetzt schon verhandeln. Wir könnten "heiße Redenschlachten" schlagen und gewichti-

ge Debatten führen, aber wir wissen noch nicht, ob wir den Zuschlag bekommen werden. Dies wird im Juni 2011 entschieden. Die Mittel werden also nicht sofort im August 2011 eingesetzt werden müssen. Das ist noch mit dem Bund zu verhandeln. Von der Bundesregierung gibt es allerdings Signale, dass es zu einer adäquaten Förderung kommen wird. Die Summe kann ich noch nicht sagen. Ich gehe aber davon aus, dass ein zusätzlicher Sondertopf in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung stehen wird, wenn wir diese Maßnahmen verwirklichen wollen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Danke. Jetzt spricht der Kollege Streibl für die Freien Wähler.

**Florian Streibl (FW):** Herr Minister, zunächst sage ich Ihnen meinen persönlichen Dank dafür, dass Sie sich so sehr für die Region einsetzen und sich auch dort sehen lassen. Ich habe eine Frage zur regionalen Wirtschaftsförderung. Wir hatten in den letzten Jahren keine so starke Förderung in unserem Landkreis, wie sie im restlichen Umland von München zu beobachten war. Sehen Sie in der Bewerbung für Olympia eine große Chance für die Wirtschaftsförderung des Landkreises und sehen Sie auch für die jugendliche Bevölkerung dort die Chance, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden?

Meine zweite Frage geht auf die ideelle Wertschöpfung. Sehen auch Sie es so, dass nicht nur Bayern, sondern ganz Deutschland ähnlich wie bei der Fußball-Weltmeisterschaft der internationalen Welt zeigen könnte, dass wir ein modernes, gastfreundliches Land sind?

Im Übrigen sind wir der Überzeugung, dass wir die ökonomisch und ökologisch nachhaltigste Bewerbung haben. Gerade wir in Bayern haben im Hinblick auf die 40 Jahre des Bestehens unseres Umweltministeriums den Umweltschutz auf unsere Fahnen geschrieben. Wir sagen, wir leben in einer Welt; wir wollen unser bestes Konzept für die Umwelt darstellen und umsetzen und wollen auch nicht darauf vertrauen, dass es in anderen Ländern besser ist. Wir sind überzeugt, dass Olympia bei uns am besten aufgehoben ist. Ich sehe insofern das Verhalten der GRÜNEN als sehr unglaublich an, die die Probleme lieber ins Ausland exportieren, als bei uns saubere und gute Lösungen zu finden.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Herr Kollege Streibl, ich kann Ihrer Analyse nur zustimmen. -

Nun zur regionalen Förderung: Ich habe bereits darauf verwiesen, dass vom Wirtschaftsministerium ein Wertschöpfungspotenzial in Höhe von etwa 500 Millionen Euro berechnet wurde. Man kann davon ausgehen, dass diese Summe für die Region als Potenzial zur Verfügung steht. Hinzu kommt, dass rund 1.300 zusätzliche Beschäftigte notwendig sein werden, wenn ich nur das Organisationskomitee sehe, um diese Olympischen Spiele durchführen zu können.

Darüber hinaus werden wir Innovationskraft und Umweltkompetenz nicht nur im Umweltkonzept verwirklichen, sondern ich erinnere auch an unsere Beschlüsse in Bezug auf die Elektromobilität in Garmisch-Partenkirchen, München, Neustadt und im Bayerischen Wald, die wir bewusst vorantreiben und am Laufen halten wollen.

Es handelt sich um eine Konzeption, bei der weitestmöglich auf Eingriffe in die Landschaft verzichtet werden soll. Ich habe bereits von den 0,48 Hektar zusätzlichem Flächenbedarf für die Olympischen Spiele gesprochen. Das ist ein kaum zu diskutierender Wert. Das ist so ungefähr ein halber Fußballplatz. Sie sollten sich einmal vorstellen, was da an zusätzlichem Flächenverbrauch permanent zur Verfügung stehen muss.

Und schauen Sie sich den Bedarf an Wohnungen in München an. Wenn wir das Olympische Dorf, das Mediendorf, gestalten, dann geht es da um Plusenergiehäuser mit dem Thema Green Building Material. Alle diese Fragen haben wir in den 18 Projekten des Umweltgedankens und Umweltkonzeptes mit behandelt. Das wird weltweit Maßstäbe setzen. Aber selbstverständlich sind das auch die Maßstäbe für unser Handeln in Bayern und Deutschland. Das ist gut so, denn Bayern ist Vorreiter.

Sie haben vom Umweltministerium gesprochen, das es seit 40 Jahren gibt. Sie wissen aus der Familiengeschichte, wie bedeutsam diese Entscheidung war. Die Olympischen Spiele und die Paralympischen Spiele im Jahre 2018 werden einen erneuten Impuls setzen, olympisches Erbe auch unter dem Gesichtspunkt der Umweltgerechtigkeit zu sehen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Danke schön, Herr Staatsminister. Für die CSU hat nun Herr Kollege Bachhuber ums Wort gebeten.

**Martin Bachhuber (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, die Olympiagegner behaupten, dass die Olympischen Spiele in München 2018 ein finanzielles Risiko mit sich brächten und dass das vor allem die Kommune Garmisch-Partenkirchen und den Landkreis Berchtesgadener Land überfordern würde.

Meine Frage hierzu: Haben Sie, hat die Staatsregierung Erkenntnisse darüber, ob das Organisationskomitee bei den vergangenen Olympischen Winterspielen Verluste eingefahren hat? Wie wird sichergestellt, dass das finanzielle Risiko für die Kommunen insgesamt überschaubar wird und wie wird dieses Risiko abgesichert?

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Sehr geehrter Herr Kollege, wir haben die Gesamtbilanz der Olympischen Spiele in den vergangenen 25 Jahren zurück bis 1984 überprüft. In keinem Fall gab es ein Defizit für das Organisationskomitee. Für Vancouver liegt die Abrechnung zwar noch nicht vor, aber ich gehe davon aus, dass auch hier kein Verlust zu erwarten ist.

Da man aber diese Sicherheit auch für uns gewährleisten muss, gibt es für den unwahrscheinlichen Fall, dass es Verluste geben sollte, einen Beschluss, mit dem sich der Bund, der Freistaat und die Landeshauptstadt verpflichten, jeweils ein Drittel des Risikos zu tragen. Das ist ganz bewusst von diesen drei Partnern so beschlossen worden, denn wir wissen, dass die Stadt Garmisch-Partenkirchen und der Landkreis Berchtesgadener Land selbst eine solche Risikoübernahme nicht stemmen könnten.

Darüber hinaus haben wir für alle Grundstückseigentümer durch ein bestimmtes Verfahren sichergestellt, dass dann, wenn Grundstücke für eine temporäre Nutzung zur Verfügung gestellt werden, dies auch für diese Eigentümer ohne Risiko ist. Vor den Spielen wird eine Begehung und eine Feststellung der Werte in Begleitung auch des Bauernverbandes stattfinden und nach den Spielen wird es eine zweite Begutachtung geben. Darüber hinaus hat der Freistaat - das soll im Olympiagesetz verabschiedet werden - Bürgschaften hinterlegt, die sicherstellen sollen, dass für die Kommune und den Landkreis sowie für alle Betroffenen keine untragbaren Risiken entstehen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Minister. Nun folgt für die CSU noch Kollege Stöttner.

**Klaus Stöttner (CSU):** Mir erscheint für diese Austragungsregion besonders wichtig, welche Impulse wir speziell durch diese Infrastrukturmaßnahmen zu erwarten haben. Welche Impulse erwarten Sie, die dort nachhaltig sein werden?

Zweite Frage. Gibt es angesichts der Gelder, die wir dort in die Infrastrukturmaßnahmen investieren, über diese Olympischen Spiele hinaus für die Austragungsregion etwas, das wir als Erbe für diese Region erwarten können?

Dritte Frage. Wir brauchen selbstverständlich einen dauerhaften Impuls für die Austragungsregion hinsichtlich des Tourismus über das Jahr 2018 hinaus. Welche Strategie sehen Sie, Herr Minister, wenn wir diese Investition dort in Bezug auf die Nachhaltigkeit einbringen wollen?

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):**

Herr Kollege, ich darf zur Infrastruktur noch einmal darauf hinweisen, dass die Maßnahmen, die durch Olympia beschleunigt verwirklicht werden können, alle in den Bedarfsplan einbezogen sind. Es sind nicht nur Themen, die plötzlich wegen Olympia aufgetaucht sind, sondern es sind langjährige Forderungen aus der Region. Wir können bei einem positiven Zuschlag für Olympia 2018 natürlich auch ganz anders gegenüber dem Bund auftreten und sagen: Wenn wir ein Stück Dynamik entwickeln wollen, müssen jetzt die Mittel fließen, um Olympia realisieren zu können.

Deshalb werden Fragen wie Umfahrung von Oberau, Verbesserung der Schienenanbindung, Taktverdichtung und ähnliches einschließlich der zweiten Stammstrecke in München oder der Ausbau der A 8 mit einem positiven Votum versehen werden müssen, damit sie auch an Dynamik gewinnen und Potenzial für die Verhandlungen für uns bedeuten.

Zweites Thema, das Erbe für die Region: Ich nehme als Beispiel das Zentrum für Nachhaltigkeit in Garmisch-Partenkirchen. Wir wissen, dass es seit vielen Jahren ein Wunsch ist, auch für Garmisch-Partenkirchen und den gesamten Landkreis eine solche Einrichtung zu haben, die in den akademischen Bereich hineingeht. Wir wollen in diesem Zentrum für Nachhaltigkeit wichtige Fragen, auch des Tourismus und des Klimaschutzes im Alpenraum, mit behandeln. Nach unseren Überlegungen soll das nicht nur isoliert ein bayerisches Thema sein, sondern wir streben die Zusammenarbeit mit Südtirol, mit der Schweiz und mit Österreich an. Dieses Thema reicht natürlich über den Alpenraum hinaus in andere Regionen hinein, sei es auf dem asiatischen oder auch dem amerikanischen Kontinent. Es gilt also, einen Nukleus zu schaffen. Der Klimaschutz, die Nutzung von Gebirgsregionen und die Beantwortung der Fragen hierzu stehen weltweit auf der Tagesordnung. Das ist sicher ein Erbe für die Region.

Zum dritten Punkt, dem Tourismus: Ich sehe, welche Maßnahmen notwendig sind, damit wir beim Standard und im Qualitätsangebot noch ein Stück nach vorne kommen. Da wird jeder zustimmen. Olympia bietet die Chance, dass diese Investitionen in größerem Maße und schneller verwirklicht werden, nicht nur, weil fünfeinhalbtausend Athleten aus 80 Ländern und etwa 10.000 Medienvertreter bei diesen Spielen sein wer-

den. Das wird auch für die Hotellerie und Gastronomie einen Schub bedeuten. Dieser Schub ist nicht nur notwendig, um den Wintertourismus zu fördern. Für den Sommertourismus sind eine gute Infrastruktur, eine gute Hotellerie und Gastronomie genauso wichtig. Man darf das eine nicht gegen das andere ausspielen. Es wird Impulse geben. Die Rückmeldung gerade aus dieser Branche zeigt schon: Wir warten darauf, den Zuschlag zu bekommen. Wir versprechen uns da wirklich Vorteile und Chancen, und die wollen wir auch in die Region bringen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die CSU-Fraktion nun Herr Kollege Rüth, bitte schön.

**Berthold Rüth (CSU):** München möchte die nachhaltigsten Winterspiele in der olympischen Geschichte durchführen. Herr Oberbürgermeister Ude bringt immer wieder den Eine-Welt-Gedanken ins Gespräch. Ich frage Sie: Wird dieser Gedanke, dieser Anspruch dem tatsächlichen Konzept auch gerecht? Glauben Sie, dass das auch so kommen wird?

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):**

Herr Kollege, wir sind überzeugt, dass wir diesem Anspruch gerecht werden. Schauen Sie, mit wie viel Input die Fragen in der Landeshauptstadt angegangen werden, wie man letztlich den bestehenden Olympia-Park energetisch auf die Notwendigkeiten bringt, wie man das Olympische Dorf ganz bewusst unter Plus-Energie-Gesichtspunkten baut, wie man die Mediendörfer unter diesen Aspekten sieht. Weit über 1.000 Wohneinheiten werden auch den Wohnungsmarkt in München entlasten.

Wir haben ferner das Thema Elektromobilität. Neben dem Zentrum für Nachhaltigkeit geht es auch um die Almwirtschaft. Eines der Projekte ist die CO<sub>2</sub>-Einsparung, auch in den Sportstätten und Schulen. Es ist also ein Zusammenwirken vieler Partner: Der Freistaat leistet etwas, der DOSB, die Landeshauptstadt und der Bund. Letztlich wird es für die gesamte Umweltthematik und Umweltproblematik einen Schub geben.

Ich bin überzeugt, um das nochmals deutlich zu machen, dass derjenige, dem es wirklich um die Umwelt geht und der nicht sein ideologisches Spielchen treibt, festhalten muss: Olympische Spiele mit diesem Konzept sind die schonendsten, was die Umwelt, die Sportstätten, die Verdichtung und die Verkehrswege betrifft. Da können wir mit gutem Gewissen sagen: Wir haben freundliche Spiele für die Welt, für die Athleten, aber auch für unsere Umwelt. Das ist unser Anspruch, und den wollen wir auch verwirklichen.

(Beifall bei der CSU, bei der FDP und den Freien Wählern)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Stachowitz das Wort, bitte schön.

**Diana Stachowitz (SPD):** Frau Präsidentin! Herr Minister, die SPD steht hinter den Olympischen Spielen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Wir haben uns dafür ganz klar ausgesprochen.

Als Erstes möchte ich mich nochmals bei Ihnen persönlich, aber auch insgesamt dafür bedanken, dass zwischen dem rot-grün-regierten München und der aus CSU und FDP bestehenden Staatsregierung eine so gute Zusammenarbeit stattfindet. Das zeigt: Der Sport schafft es, dass man über die Grenzen hinweg zusammenarbeitet.

Ich möchte als sportpolitische Sprecherin nochmals auf den Breitensport eingehen. Der Breitensport muss natürlich davon profitieren. Das ist uns allen klar. Auch im Landessportbeirat ist dies immer wieder ein Thema. Im Bereich Paralympics, gerade beim Behindertensport, kann es durch die Olympischen Spiele einen immensen Schub geben, auch in Bezug auf die Investitionen. Wir wissen, der Breitensport ist die Grundlage für den Spitzensport, der durch die Olympischen Spiele entsprechend ausgestaltet wird. Wie können wir damit rechnen, dass die Unterstützung des Breitensports auch hier in den Finanzmitteln eine Grundlage findet? Vielleicht stellen Sie nochmals den Integrationsfaktor Sport dar, nicht nur für die Migranten, die sozial Schwachen und die Reichen, sondern auch für die Behinderten.

In Richtung der GRÜNEN möchte ich sagen: Bedenkenträger können Probleme der Zukunft nicht lösen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und der FDP)

Wir haben bei der Fußball-WM gesehen, wie ein Volk von einer solchen weltweiten Sparteuphorie getragen wird. Sie sind grundsätzlich ein Gegner von Großsportveranstaltungen und des Wintersports. Dann sagen Sie es einfach.

Zur Frage der Nachhaltigkeit und zum sozialen Wohnungsbau haben Sie schon etwas gesagt. Hier fließen 114 Millionen Euro in die Ökologie und die Nachhaltigkeit. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, was der geplante Ausbau der Zugstrecke in diesem Bereich an Ökologie und Nachhaltigkeit bedeutet. Diese Vorlagen - ich kann es mir nicht verkneifen - habe ich schon als Stadträtin in München bearbeitet. Das ist kein neues Thema, sondern wird schon lange behan-

delt. Vielleicht können Sie nochmals darstellen, wie lange dieses Thema schon auf der Tagesordnung steht und welche Gremien hier schon entschieden haben. Der Zug ist abgefahren. Leider bleibt mir wahrscheinlich nicht mehr die Zeit darüber zu reden.

(Zuruf)

- Doch!

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nein, Sie haben keine Zeit mehr, Frau Kollegin.

**Diana Stachowitz (SPD):** Oh, ich habe ein Minus, schade.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich war mit Ihnen sehr großzügig.

**Diana Stachowitz (SPD):** Ich verweise nur noch auf das Feuilleton in der heutigen "Süddeutschen Zeitung", einen lesenswerten Artikel zu den Olympischen Spielen 2018.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Verehrte Frau Kollegin, zunächst einmal herzlichen Dank für das Lob, auch für die gute Zusammenarbeit mit Rot-Grün in München. Ich möchte aber deutlich machen, das hat nichts mit anderen Themen zu tun. Hier arbeiten wir sehr, sehr gut zusammen, und das ist auch notwendig. Ich bedanke mich auch dafür, dass wir im Bayerischen Landtag eine breite Mehrheit haben, weil das Vorhaben für Bayern wirklich Chancen eröffnet. Und: Wenn man ein großes Projekt erfolgreich durchziehen will, braucht man ein hohes Maß an Übereinstimmung in unserer Gesellschaft. Das ist im Bayerischen Landtag und, davon bin ich überzeugt, auch in der Bevölkerung gegeben.

Das Thema wird bereits lange diskutiert, Sie haben es angesprochen. Trotzdem müssen wir auf die Fragen der Menschen Antworten finden, natürlich kritische Rückmeldungen ernst nehmen und in unsere Überlegungen einbeziehen. In Garmisch-Partenkirchen war eines der wichtigsten Themen, dass man die Menschen ernst nimmt und nicht sagt: Das ist schon mal beschlossen worden, darüber brauchen wir nicht mehr zu reden. Es gilt vielmehr, die Themen abzuarbeiten, und das passiert hier bei uns, das passiert im Rathaus der Landeshauptstadt und auch vor Ort, wie es notwendig ist.

Zum Thema Breitensport: Wir haben gemeinsam mit dem DOSB und damit auch mit dem Bayerischen Landessportverband intensiv über die Frage diskutiert, was wir beitragen können. Allein die Vorfreude auf ein solches Ereignis wird natürlich auch den Sportvereinen Türen öffnen und Möglichkeiten schaffen, junge Menschen sozusagen von der stationären Freizeitgestaltung vom Bildschirm wegzubekommen und sie zu veranlassen, Sport zu treiben. Es ist ein ganz wichtiger gesellschaftspolitischer und gesundheitspolitischer Aspekt, die Verbindung ernst zu nehmen und behinderten Kindern und Jugendlichen Sportmöglichkeiten zu zeigen und zu eröffnen. Wer selbst einmal bei den Paralympics war und gesehen hat, wie Mono-Skifahrer, Blinde oder Behinderte mit Arm- oder Beinamputationen auf höchstem Niveau Sport treiben, stellt fest: Das macht auch jungen Menschen, die möglicherweise durch einen Unfall an einer Querschnittslähmung leiden, wieder mehr Mut. Wenn sie mit jungen paralympischen Sportlern sprechen, spüren Sie, mit welcher Lebensfreude diese Menschen von ihrem Sport berichten und was ihnen der Sport wieder gegeben hat. Das müssen Sie der Bevölkerung vermitteln. Ich denke an unsere Olympiasieger, zum Beispiel an Frau Bentele, die zeigt, was ein blinder Mensch alles leisten kann, oder an unsere Skifahrer, die exzellente Leistungen erbracht haben. Das sind riesige Chancen für unsere gesellschaftliche Entwicklung, die weit über den Sport hinausgehen.

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, was Nachwuchsarbeit und Nachwuchsgewinnung bedeuten: Ich war in Ohlstadt bei einer Diskussion. Dort waren drei Olympiasieger dabei: Zimmerer, Utzschneider und Gaisraiter. Der eine oder andere kennt sie noch. Ich bin davon überzeugt, dass sie unsere jungen Abgeordneten vielleicht nicht mehr kennen. Sie sind aber in ihrer Gemeinde präsent. Es war ein Jubel, als die 60- und 70-jährigen Medaillengewinner aufgestanden sind. Das war ein Schub für das Dorf, das wünsche ich mir auch bei der Bewerbung für 2018.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir werden im Winter 2011 die Skiweltmeisterschaft in Garmisch-Partenkirchen, die Weltmeisterschaft im Eisschnelllauf in Inzell und die Bob- und Skeleton-Weltmeisterschaft am Königssee erleben. Dabei werden auch Emotionen freigesetzt. Ich bin davon überzeugt, dass diese Sportereignisse auch die ideellen Werte in unserer Gesellschaft stärken werden.

Zur Zuganbindung, dem Thema, das Sie angesprochen haben: Wer dafür ist, Verkehr von der Straße wegzubringen, muss attraktive andere Angebote machen. Der teilweise zweigleisige Ausbau und die Taktverdichtung werden dazu führen, dass wir auf der Autobahn weniger Verkehr haben. Die Menschen, die

beruflich in München tätig sind, müssen daher nicht auf den Münchner Wohnungsmarkt drängen, sondern können sich ein Stück Heimat bewahren, weil sie eine attraktive, schnelle und umweltschonende Anbindung an ihren Arbeitsplatz im Großraum München haben.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Jetzt darf ich für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben vorher erwähnt, dass es nie ein Defizit für ein Organisationskomitee der Spiele gab. Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass es dort nie ein Defizit geben kann, weil in allen Ländern der Steuerzahler haften und ein Defizit ausgleichen musste? Würden Sie mir zustimmen, wenn ich darauf verweise, dass deshalb in Turin vorher circa 20 % staatliche Mittel geflossen sind?

Vorher haben Sie erwähnt, dass temporäre und dauerhafte Anlagen gebaut werden. Das ist vollkommen richtig. Meine Frage war: Wo werden diese Kosten verbucht? Das gilt auch für die Ausgaben für die Sicherheit. Das Non-OCOG-Budget zahlt der Steuerzahler. Bei diesem wird man die Kosten kaum aufschlüsseln können, während man sie beim OCOG-Budget einigermaßen nachvollziehen kann. Ich habe das Gefühl, dass die Sicherheitsausgaben auf den Steuerzahler verlagert werden, um die Kosten gering zu halten.

Eine dritte Frage noch: Thomas Bach hat gestern in der Presse geäußert, dass die Einnahmen des IOC höher sein werden, als es eingeplant war. Er nennt Einnahmen für Fernsehrechte in Höhe von 440 Millionen US-Dollar und Einnahmen aus dem Topsporenprogramm in Höhe von 200 Millionen US-Dollar. Stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass Sie mit diesen Einnahmen in der Kostenschätzung bereits rechnen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Herr Kollege, Sie stellen zum Teil Fragen, die sehr suggestiv sind und die man nicht beantworten kann, weil keiner Garantien geben kann. Die bisher angestellten Berechnungen weisen aus, dass das OCOG-Budget ausgeglichen ist. Ich habe die einzelnen Zahlen nicht parat, aber in den zurückliegenden Jahren war es immer ausgeglichen. Auch in Vancouver geht man davon aus, dass es ausgeglichen sein wird.

Temporäre Anlagen werden über das OCOG-Budget finanziert. Sie werden aus den Einnahmen von rund

1,3 Milliarden Euro finanziert, die jetzt geschätzt und mit bestimmten Wechselkursen zum US-Dollar auf das Jahr 2018 hochgerechnet wurden. In diesen Einnahmen sind unter anderem auch Einnahmen vom IOC enthalten. Nach unseren Auflistungen sind es etwa 318 Millionen Euro. Das entspricht 440 Millionen US-Dollar. Auf die einzelnen Punkte kann ich jetzt nicht eingehen. Diese Berechnungen haben Fachleute durchgeführt. Ich kann sie nicht verifizieren. Wenn Sie mich fragen, ob ich nachweisen kann, dass es genauso ist, muss ich Nein sagen. Wir können nach dem Wissen, das wir jetzt haben, und aus der Verantwortung, die wir für unseren Freistaat tragen, nur sagen: Die Einnahmen sind gut durchgerechnet, man kann davon ausgehen, dass die Prognosen erfüllt werden. Mehr kann Ihnen niemand sagen. Es wird immer ein Restrisiko bleiben, und es ist auch richtig, dass dieses Restrisiko benannt wird. Darum haben wir die Bürgschaft übernommen. Wenn es nicht reichen sollte, was wir aber nicht glauben, müssten der Freistaat Bayern, der Bund und die Landeshauptstadt das Defizit mittragen. Zur Seriosität gehört, dass man diesen eventuellen Fall öffentlich benennt. So wird es auch in dem von uns eingebrachten Olympiagesetz definiert.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Jetzt hat noch Herr Kollege Piazzolo für die Freien Wähler das Wort.

**Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW):** Herr Staatsminister, wie Sie wissen, stehen die Freien Wähler uneingeschränkt hinter der Olympiabewerbung 2018. Wir wissen Ihre Bemühungen zu schätzen, insbesondere auch Ihre Bemühungen für Garmisch-Partenkirchen. Nun war in den letzten Tagen zu lesen, dass Sie eine neue Herausforderung suchen. So sehr wir Verständnis dafür haben, dass Sie diese Regierung verlassen wollen, so groß ist unsere Sorge, weil dieser Ausstieg exakt in der heißen Phase der Olympiabewerbung erfolgen wird. Offensichtlich soll er im Februar erfolgen. Deshalb meine Frage: Ist es richtig, dass Sie sich um das Amt des Präsidenten der BLM bewerben wollen?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wie schätzen Sie die Folgen ein, wenn nun auch Sie als Koordinator ausscheiden, nachdem schon Herr Bogner aus dem Organisationskomitee ausgeschieden ist? Glauben Sie nicht, dass es im Ausland einen schlechten Eindruck macht, wenn in einer so wichtigen Phase zwischen der Einreichung des Bid Books und der Entscheidung das zuständige Regierungsglied ausgewechselt wird?

(Beifall bei den Freien Wählern - Alexander König (CSU): So ein Schmarrn!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Weit ausgeholt, Herr Kollege! Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Ich beantworte die Fragen zur Olympiabewerbung gerne. Zunächst einmal ein herzliches Wort des Dankes für das Lob, das Sie ausgesprochen haben. Die Bewerbung wird vom DOSB, der Landeshauptstadt und den jeweiligen Kommunen getragen. Der Freistaat Bayern ist zu wenigen Anteilen daran beteiligt. Ich danke Ihnen, dass Sie mir diese herausragende Bedeutung bei der Olympiabewerbung zumessen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, es besteht im Hohen Haus kein Bedürfnis mehr für Nachfragen. Damit ist die Ministerbefragung beendet. Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion  
"Jetzt handeln - Verjährungsfristen für Verwaltungsräte und Vorstände von Banken verlängern"**

Die Regularien der Geschäftsordnung kennen Sie. Sie wissen, dass wir uns an die Redezeiten zu halten haben. Das brauche ich jetzt nicht mehr zu erwähnen. Als Ersten darf ich Herrn Kollegen Güller für die SDP-Fraktion ums Wort bitten.

**Harald Güller (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD lässt beim Thema Verjährung und Verhinderung der Verjährung von zivilrechtlichen Ansprüchen unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern gegen Verwaltungsräte und Vorstände der BayernLB nicht locker.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Sie bei diesem Thema in den nächsten Monaten weiter und weiter treiben, wenn Sie, CSU und FDP, sich weiterhin verweigern. Heute haben Sie aber die Möglichkeit, auf einem, wie ich glaube, eleganten Weg Ihren bisherigen Worten in diesem Haus auch Taten folgen zu lassen. Um es vorweg zu sagen: Der sicherste Weg, eine Verjährung zu verhindern, wäre der Verzicht aller Verwaltungsräte und des Vorstands auf die Einrede der Verjährung. Das wäre der einfachste Weg.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine versicherungsrechtliche Angelegenheit, sondern das hat schlicht mit Anstand zu tun. Wenn man sich nichts hat zuschulden kommen lassen, wie alle Zeugen im Untersuchungsausschuss bisher so wortreich beteuert haben, kann es kein Problem sein, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten; schließlich hat man nichts falsch gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Huber, Herr Beckstein, Herr Schmid, Herr Faltlhauser, Herr Naser, das wäre die beste Möglichkeit.

Wir haben aber auch noch eine andere Möglichkeit, die ausdrücklich im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats angesprochen wurde. Ich habe heute mit Freude gelesen, dass auch Herr Minister Zeil gesagt hat: Es ist uns ein Anliegen, das Thema "Verjährung" bei Taten zivilrechtlicher Art im Bereich der Verwaltungsräte auch der Bayerischen Landesbank und auch des Sparkassenwesens ordentlich zu regeln. Es kann nicht sein, dass beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria im Jahr 2007 bis heute ein Schaden von 3,75 Milliarden Euro entstanden ist, aber die Verjährung bereits nach drei Jahren eintritt, obwohl die Vorgänge "Kauf der HGAA" und "ABS-Papiere" komplexe Vorgänge sind.

(Beifall bei der SPD)

Hier sind wir, Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich mit der FDP beieinander.

Inzwischen gibt es in Berlin das sogenannte Restrukturierungsgesetz, dessen Kern der Bankenfonds ist, der nach Auffassung der SPD viel zu niedrig ausgestattet ist. Das ist aber eine andere Diskussion. Jedenfalls wurde das Gesetz von der Mehrheit der CSU, der FDP und der CDU im Deutschen Bundestag beschlossen. Soviel ich weiß, haben alle Mitglieder der CSU und alle Mitglieder der FDP im Deutschen Bundestag dem Gesetz zugestimmt. Das Gesetz enthält den neuen § 52 a des Kreditwesengesetzes. Dieser Paragraph sieht vor, dass in Zukunft zivilrechtliche Ansprüche erst nach zehn Jahren verjähren sollen. Dies gilt gemäß diesem Gesetz ausdrücklich für alle Sachverhalte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes noch nicht verjährt sind. Damit ist es für uns in Bayern entscheidend, dass das Gesetz vor dem 31.12.2010 in Kraft tritt. Nun ist aber unter anderem aufgrund der Stimme Bayerns, aber auch anderer Länder absehbar, dass der Bundesrat dieses Gesetz am Freitag in den Vermittlungsausschuss schicken wird. Ob es damit heuer noch in Kraft tritt, ist mehr als fraglich. Interessant ist, wie der Wirtschaftsausschuss begründet, dass der Vermittlungsausschuss zum § 52 a angerufen werden soll. Es heißt, es obliege den Ländern zu überprüfen, ob eine Verlängerung der

Verjährungsfristen durch eine Neufassung von Landesgesetzen erforderlich sei: Es obliege den Ländern! Dieses, Kolleginnen und Kollegen, fordert heute die SPD-Fraktion ein. Wir möchten, dass wir noch vor dem 31.12.2010 ein Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Landesbank-Gesetzes und, wenn Sie das möchten, auch zum Sparkassengesetz auf den Weg bringen und vor dem 31.12.2010 abschließen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zeitlich möglich, Kolleginnen und Kollegen. Wie bei anderen Gesetzesvorhaben, die wir in diesem Haus behandelt haben, kann der Landtag auf bestimmte Fristen verzichten, und es ist möglich, am 1. Dezember 2010 die Erste Lesung durchzuführen. In den folgenden eineinhalb Wochen haben die Ausschüsse Zeit zu beraten, und wir können sogar ohne Sondersitzung des Bayerischen Landtags ganz regulär in den letzten drei Sitzungstagen am 14., 15. und 16. Dezember 2010 die Zweite und Dritte Lesung durchführen. Wir können den Weg begehen, der im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats vorgeschlagen wurde, nämlich landesgesetzlich tätig zu werden. Die SPD-Fraktion ist bereit, dieses Gesetz so zu behandeln. Ich erwarte heute von allen Fraktionen in diesem Hause eine klare Stellungnahme: Ja, wir sind auch dazu bereit. Dann können wir das Gesetz am 1. Dezember 2010 auf die Schiene bringen.

(Beifall bei der SPD)

Ob wir am 1. Dezember einen Gesetzentwurf der SPD einbringen oder ob die Staatsregierung einen Gesetzentwurf einbringt, können wir nach der heutigen Sitzung gerne besprechen. Wir sind für beide Wege offen. Heute geht es darum, dass alle Landtagsfraktionen bereit sind, die Verlängerung der Verjährungsfrist für die Verwaltungsräte der Bayerischen Landesbank beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria anzuerkennen und mitzutragen.

Für die CSU wird es die Frage sein, was gelten soll. Gilt der Einsatz für das Volk, für die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, für die Gerechtigkeit? Die Frage wird sein, wer dafür Verständnis hat, dass Verwaltungsräte, die angeblich nichts falsch gemacht haben, schlicht und einfach in die Verjährung flüchten. Oder gilt tatsächlich das unsägliche Wort von Herrn Söder, der gesagt hat: CSU klagt CSU an - das wird es nicht geben.

Ich sage: Sie haben heute die Möglichkeit, Ihren Kurs zu korrigieren und rechtsstaatlich zu handeln für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern, für deren finanzielle Interessen, für die Gerechtigkeit. Sagen Sie Ja, und wir werden den entsprechenden Gesetzentwurf innerhalb der nächsten Woche entwi-

ckeln und gemeinsam vor Weihnachten in diesem Hohen Hause verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

**Alexander König (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vor wenigen Wochen bei anderer Gelegenheit bereits gesagt und wiederhole es gerne: Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag ist selbstverständlich dafür, den bei der Bayerischen Landesbank eingetretenen Schaden nicht nur zu begrenzen, sondern alles zu tun, um etwaige Schadensersatzansprüche durchzusetzen.

(Christa Naaß (SPD): Sie stimmen also zu!)

Deswegen sind wir entschieden dafür, dass alle notwendigen und sinnvollen Schritte eingeleitet werden, die dazu beitragen können. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wird daher keiner Initiative im Weg stehen, die in irgendeiner Form geeignet ist, zur Schadensbegrenzung beizutragen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch das aktuelle Gesetzgebungsverfahren im Bund zur Einführung des von Ihnen bereits genannten neuen etwaigen § 52 a des Kreditwesengesetzes. Die CSU hat in keiner Weise daraufhingewirkt, wie immer wieder behauptet wird, irgendetwas zu verhindern oder gar zu verzögern, wie Sie, Herr Kollege Güller, aber auch Herr Kollege Hallitzky immer wieder glauben machen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Hören Sie doch erst einmal zu, ich höre Ihnen auch immer zu.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Insoweit wäre es günstig, wenn Sie nicht wieder behaupten würden, wir würden uns gegen irgendetwas verwahren. Wir verwahren uns zunächst gegen gar nichts. Sie wissen das ganz genau, erzählen aber den Medien das Gegenteil. Dieses Verhalten ist Teil - so empfinden wir das in unserer subjektiven Wahrnehmung - einer Verleumdungskampagne, hilft aber in der Sache nicht.

(Widerspruch bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Verleumdung!)

Kolleginnen und Kollegen, beschäftigt man sich mit der Frage, wie weiterer Schaden von der BayernLB abgewendet werden kann, muss man sich ein paar

grundsätzliche Gedanken insbesondere zu den Grundlagen machen. Man muss die Sachverhalte, aus denen etwaige Schadensersatzansprüche erwachsen können, sauber trennen, um sie vernünftig beurteilen zu können. Wer wie Sie leider immer wieder die beiden wesentlichen Sachverhalte, einerseits den Kauf der HGAA und andererseits die ABS-Papiere, durcheinander schmeißt und undifferenziert für alles die Fraktionen der Koalition verantwortlich machen möchte,

(Markus Rinderspacher (SPD): Die CSU-Fraktion!)

trägt nicht zu einer seriösen Aufarbeitung bei; der betreibt keine seriöse Politik, Herr Güller, meine Damen und Herren!

Herr Güller, wenn Sie die Änderung des Landesbankgesetzes anstreben frage ich, warum Sie mit uns in einer Aktuellen Stunde darüber debattieren und nicht die Zeit nützen, selbst einen Gesetzentwurf einzubringen, wie das bisher in diesem Parlament üblich war. Diejenigen, die ein Gesetz ändern wollen, bringen einen Gesetzentwurf ein und sagen konkret, was sie wollen und um was es gehen soll. Dann kann man den Gesetzentwurf in die parlamentarische Beratung einbringen.

(Harald Güller (SPD): Das habe ich gesagt!)

Es hätte Ihnen völlig freigestanden, heute, gestern, vorgestern, letzte Woche oder auch morgen, übermorgen, einen Gesetzentwurf einzubringen. Dass Sie das nicht getan haben, sondern hier eine Aktuelle Stunde heranziehen, um quasi zu fragen "Wie hätten Sie es denn gerne?" und auf der anderen Seite zu sagen, die Zeit drängt, es kommt auf jeden Tag an, das entlarvt Sie sehr, Herr Güller.

(Harald Güller (SPD): Machen Sie mit! Verkürzen wir!)

Ich will Ihnen das kurz erklären. Was die Verjährungsfristen angeht, müssen wir streng zwischen den beiden Sachverhalten trennen: einmal dem Kauf der Hypo Group Alpe Adria und auf der anderen Seite dem Kauf von ABS-Papieren durch die Bayerische Landesbank. Beide Sachverhalte haben zunächst überhaupt nichts miteinander zu tun. Die diesbezügliche Entscheidung wurde auf unterschiedlichen Grundlagen getroffen. Deshalb sind die Sachverhalte voneinander zu trennen. Natürlich ist auch die Frage, wann die Verjährung eintreten kann, bezüglich der beiden Sachverhalte unterschiedlich zu beurteilen.

Sie wissen, dass dazu Gutachten von Rechtsanwaltskanzleien eingeholt wurden. Im Einzelfall ist es wie

folgt: Der Kauf der Hypo Group Alpe Adria wurde von der Kanzlei Hengeler Mueller im Auftrag der Bayerischen Landesbank geprüft. In diesem Gutachten kommt die Rechtsanwaltskanzlei zu dem Schluss, dass die handelnden Vorstände für den eintretenden Schaden haften. Die Kanzlei Hengeler Mueller stellt dagegen nicht fest, dass auch Verwaltungsräte der Landesbank für die Schäden haftbar gemacht werden können. Ein weiteres Gutachten gibt es unserer Kenntnis nach nicht.

Auch der Kauf der ABS-Papiere durch die BayernLB wurde von der Kanzlei Hengeler Mueller juristisch begutachtet. In diesem Zusammenhang kommt die Kanzlei zu dem Schluss, dass sich weder Vorstand noch Verwaltungsrat schadenersatzpflichtig gemacht hätten. Wie wir alle wissen, hat im Widerspruch hierzu das Gutachten der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg eine Haftung bejaht. Auf die augenfälligen Schwächen dieses weiteren Gutachtens habe ich in meiner letzten Rede zu diesem Themenkreis schon hingewiesen. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, halten dagegen dieses zweite Gutachten wie eine Bibel vor sich

(Zuruf von den GRÜNEN)

- so habe ich manchmal den Eindruck - und meinen, es wäre damit schon geklärt, dass ein Anspruch bestehen würde.

(Harald Güller (SPD): Es beschäftigt sich mit einer anderen Frage!)

Natürlich beschäftigen sich die eingeholten Gutachten auch mit der Frage der Verjährung. In Bezug auf den Sachverhalt der HGAA stellt sich die Frage, ob die Verjährung wie im Aktienrecht nach fünf Jahren oder die allgemeine Verjährung nach BGB, also die dreijährige Verjährungsfrist, anwendbar ist. Beide Fristen beginnen jedenfalls erst dann zu laufen, wenn ein möglicher Schadenersatzanspruch entstanden ist. Logischerweise - ich weiß nicht, ob das alle hier begreifen können - kann ein Schadenersatzanspruch erst dann entstehen, wenn auch ein Schaden zweifellos entstanden ist.

(Zurufe von der SPD)

- Hören Sie erst einmal gut zu.

Beim Kauf der HGAA kann mit guten Gründen angezweifelt werden

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- hören Sie halt erst einmal zu, dann sage ich es Ihnen; Sie natürlich wieder, Frau Noichl, wer sonst -

ob der Schaden im Jahr 2007, also beim Kauf, überhaupt eingetreten sein kann oder nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt eingetreten ist. Denn bekanntlich hat sich die wirtschaftliche Lage aufgrund der eingetretenen Finanzlage zwischenzeitlich verändert. Von daher sollten auch Sie nachvollziehen können, dass es durchaus sein kann, dass die Verjährungsfrist überhaupt zu einem späteren Zeitpunkt zu laufen beginnen könnte.

Hengeler Mueller lässt im Gutachten all diese Fragen offen und geht zur Sicherheit, wie es halt jeder Rechtsanwalt macht, von der kürzestmöglichen Verjährungsfrist aus, die nach BGB Ende 2010 enden würde.

Gegen die Vorstände der BayernLB wurden vom Verwaltungsrat bereits alle notwendigen Schritte eingeleitet, um den Eintritt der Verjährung zu verhindern. Bezüglich der Verwaltungsräte - und von ihnen reden wir jetzt - besteht nur dann ein Handlungsbedarf, wenn man davon ausgeht, dass erstens überhaupt eine Haftung vorliegt - Hengeler Mueller verneint diese bekanntlich -, zweitens die allgemeine Verjährungsfrist und nicht die aktienrechtliche anwendbar ist, weil sonst in jedem Fall länger Zeit ist, die schwierigen Fragen zu klären, und drittens, wie ich Ihnen eben erklärt habe, dass klar ist, dass die Frist überhaupt im Jahr 2007 schon zu laufen beginnen konnte. All diese Voraussetzungen sind mit sehr großem Fragezeichen behaftet.

Bezüglich der ABS-Papiere schaut es wie folgt aus: Auch dort bestehen große Fragezeichen, ob der BayernLB überhaupt Schadenersatzansprüche bezüglich des Kaufs der ABS-Papiere zustehen. Die Kanzlei Flick Gocke Schaumburg, die als einzige mögliche Haftungsansprüche bejaht, lässt die Frage anwendbarer Verjährungsvorschriften letztlich ebenso offen wie Hengeler Mueller und geht auch hier höchst vorsorglich von der kürzesten Variante aus. Aber auch hier kann die Verjährung doch nur zu laufen beginnen, wenn ein Schaden eingetreten ist. Das ist, meine Damen und Herren, bei einem Großteil dieser ABS-Papiere keineswegs sicher, wie Herr Güller mit Sicherheit nachvollziehen kann. Die letzten Wasserstandsmeldungen aus der Bank sprechen eher dafür, dass es anders sein könnte, nämlich dass sich diese Papiere weitaus besser entwickeln, als noch vor einiger Zeit befürchtet, und möglicherweise bei vielen dieser Papiere überhaupt kein Schaden eintritt.

Es geht bei der Verlängerung der Verjährungsfristen also lediglich darum, ein Restrisiko auszuschalten, nämlich dieses Restrisiko, dass alle die Punkte, die ich angeführt habe, kumulativ zusammenkommen und die Verjährung überhaupt Ende 2010 eintritt.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wer wie Sie allerdings immer wieder grobschlächtig argumentiert, die CSU würde hier verzögern, der führt natürlich - das ist wohl die Absicht - die Menschen an den wahren Hintergründen vorbei, um in der Sache zu punkten, ohne die Sache voranzubringen.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind uneingeschränkt dafür, dass in einem neuen Paragrafen 52 a des Kreditwesengesetzes auf Bundesebene eine einheitliche Verlängerung der Verjährungsfristen herbeigeführt wird. Die Anrufung des Vermittlungsausschusses hat damit allerdings überhaupt nichts zu tun. Bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses ging es um einen anderen Sachverhalt, der in diesem sogenannten Omnibusgesetz mitbehandelt wird, nämlich um die bekannten Regelungen zur Bankenabgabe. Wer etwas anderes behauptet und den Eindruck erweckt, als ginge es nur um die Verjährung, der würde die Menschen belügen.

(Harald Güller (SPD): Nicht nur, aber auch!)

Natürlich besteht nach wie vor die Möglichkeit, Herr Güller, dass das Gesetz trotz der Einschaltung des Vermittlungsausschusses noch in diesem Jahr in Kraft treten kann.

(Harald Güller (SPD): Die Möglichkeit!)

- Natürlich. Das bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen und in der Öffentlichkeit keinen anderen Eindruck zu erwecken. Wenn man wie Sie, Herr Güller, das Landesbankgesetz wirklich ändern möchte - ich sage das noch einmal ganz deutlich -, dann sollte man nicht sinnlose Diskussionen in einer Aktuellen Stunde hierzu führen,

(Zurufe bei der SPD)

dann sollte man hier nicht mit Halbwahrheiten argumentieren,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Unerhört!)

was die Möglichkeit der Verjährung angeht, sondern dann sollte man sich vorher - Sie hatten zumindest das Wochenende Zeit dazu - auf seinen Hosenboden setzen und einen konkreten Gesetzentwurf schreiben,

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

den man im Bayerischen Landtag einbringen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD) - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Alexander König (CSU):** Ich höre nach diesem Satz auf. - Dass Sie das nicht getan haben, zeigt, dass Sie entweder selbst nicht daran glauben, dass dieser Weg erfolgversprechend ist, oder es zeigt, dass es Ihnen ausschließlich darum geht, was Sie bisher nach außen deutlich gemacht haben, nämlich um die Verunglimpfung der CSU-Fraktion, um nicht zu sagen der beiden Koalitionsfraktionen, aber keinesfalls um eine Abwendung des Schadens.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Danke schön. Jetzt darf ich für die Fraktion der Freien Wähler Herrn Abgeordneten Pohl das Wort erteilen. Bitte schön.

**Bernhard Pohl (FW):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege König, Ihre Ausführungen zum Verjährungsbeginn waren sehr interessant, aber ich weiß nicht, ob Sie die persönliche Haftung dafür übernehmen wollen, dass diese Ausführungen tatsächlich gerichtsfest sind.

Ihren Ausführungen zufolge scheint sich in Ihrer Fraktion eine positive Katharsis breitgemacht zu haben. Sie haben erkannt, dass es nicht möglich ist, diese Verweigerungshaltung gegen die Bevölkerung durchzuhalten, die Sie bei der letzten Abstimmung über die Frage von Verjährungsfristen bzw. deren Unterbrechung noch gezeigt haben, indem Sie den gemeinsamen Antrag der Freien Wähler, der SPD und der GRÜNEN abgelehnt haben.

Aber vielleicht ist es ja auch der Bundestagsfraktion der Union geschuldet, die jetzt einen § 52 a im Kreditwesengesetz auf den Weg gebracht hat, wonach die Verjährungsfristen auf 10 Jahre verlängert werden. Ich danke der Bundestagsfraktion der Union hierfür ausdrücklich, nicht nur, weil sie uns hier beim Thema BayernLB auf Landesebene weiterbringt, sondern weil dieser Gesetzentwurf über den konkreten Fall hinaus richtig und wichtig ist. Wir müssen diese Haftungsprozesse gegen die Verantwortlichen führen, ob es uns passt oder nicht.

Herr Kollege König, es ist keineswegs so, dass wir einen Generalverdacht gegen die Regierung hegen. Ich sage auch ganz deutlich: Das gilt vor allem hinsichtlich der FDP, denn die FDP war 2007 bei diesen Vorgängen unbestritten nicht dabei. Herr Staatsminister Zeil hat in seiner Verantwortung als Verwaltungsrat - man muss ihm das hoch anrechnen; jetzt komme

ich zu Ihrem Gutachten - ganz deutlich gesagt: Wir brauchen kein Zweitgutachten. Es reicht das Gutachten der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg, das der Bayerische Landtag in Auftrag gegeben hat. Die Beauftragung eines Zweitgutachters wäre eine Verschwendung von Steuergeldern und Ausdruck eines Misstrauens gegen das Gutachten, das der Bayerische Landtag in Auftrag gegeben hat. So stelle ich mir Aufklärung vor.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Jawohl, Herr Kollege König, es gibt divergierende Gutachten. Sie aber sind Mitglied des Bayerischen Landtags, und der Bayerische Landtag hat ein Gutachten in Bezug auf die ABS-Papiere in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten ist eindeutig. Deswegen sollten Sie sich als Mitglied des Bayerischen Landtags hinter dieses Gutachten stellen, das einstimmig über alle Fraktionen hinweg beantragt und in Auftrag gegeben wurde. Ich hätte liebend gern auch den Fall Hypo Group Alpe Adria durch diese Kanzlei begutachten lassen. Leider gab es dafür keine Mehrheit. Möglicherweise hat man schon gemerkt, dass man sich auf ein gefährliches Terrain begibt.

Die Freien Wähler und auch die anderen Fraktionen, die Aufklärung verlangen, wollen keine Vorverurteilung und betreiben auch keine Vorverurteilung. Wenn wir fordern, neutrale Gerichte sollten entscheiden, dann ist das lediglich ein Ausdruck unseres Verfassungsverständnisses, wonach es drei Gewalten gibt. Die Justiz ist nun einmal dafür zuständig, derartige Fälle neutral zu untersuchen. Wenn an Haftungsansprüchen etwas dran ist, dann müssen die betreffenden Personen haften. Dafür haben wir Gerichte. So etwas festzustellen ist nicht Aufgabe des Parlaments und nicht Aufgabe der Regierung, aber wir müssen die notwendigen Schritte einleiten, damit die zuständigen Gerichte tätig werden können. Das sind wir dem Steuerzahler schuldig. Letztlich geht es um das Geld der BayernLB und damit auch um das Geld der Steuerzahler. Das ist unser Bestreben. Wir von der Fraktion der Freien Wähler begrüßen es, dass dieses Gesetz auf Bundesebene auf den Weg gebracht wird. Ich hoffe, dass es auch den Bundesrat passiert. Auf Landesebene brauchen wir eine flankierende Regelung. Wir sind bereit, diese in diesem Jahr durchzusetzen.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Eike Hallitzky das Wort.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein kluger Mann wurde kürzlich in einer Münchner Zeitung mit der Aussage zitiert: "Man muss zur Frage der Schadenersatzpflicht jeden Verwaltungsrat individuell betrachten. War er zu faul, Unterlagen zu studieren, hat er also grob fahrlässig gehandelt, oder hat er sich sehr bemüht, aber dann aus heutiger Sicht die falschen Schlüsse gezogen?" Nachdem die Verwaltungsräte beim Kauf der Hypo Alpe Adria noch nicht einmal den Kaufvertrag aufgeschlagen haben und Huber, Beckstein, Schmidt, Faltlhauser, oder wie sie alle heißen, im Zusammenhang mit den ABS-Papieren Milliardenengeschäfte auf der Grundlage völlig unzureichender Informationen bewilligt haben, müsste es doch auch für jedes CSU-Mitglied im Hause nachvollziehbar sein, dass es nicht völlig ausgeschlossen ist, dass die Verwaltungsräte grob fahrlässig gehandelt und sich deshalb schadenersatzpflichtig gemacht haben könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss zugeben: Als Grüner würde ich das normalerweise etwas schärfer formulieren. Eigentlich müssten wir uns angesichts dieser Tatsache darüber im Klaren sein, dass es die Pflicht der Staatsregierung ist, alle möglichen Schadenersatzansprüche gegen Vorstände und Verwaltungsräte abzusichern. Die Staatsregierung ist in der Pflicht gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, denn sonst würde sie sich zu Recht dem Vorwurf der Veruntreuung aussetzen.

Die Staatsregierung ist auch gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern in der Pflicht, durchzusetzen, dass Recht und Gesetz für alle gelten, und zwar für alle gleich. Sonst macht sie sich schuldig, wenn das Vertrauen der Menschen in die Politik weiter erodiert.

Das Sichern aller Ansprüche setzt die Aussetzung der Verjährung voraus. Sie haben selbst gesagt, dass es unterschiedliche Überlegungen hinsichtlich der Frage gibt, wann die Verjährung einsetzt und wie lange sie dauert. Deswegen muss alles getan werden, um die Verjährung auszuschließen. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben darauf hingewiesen.

Die Bayerische Staatsregierung müsste also alles dafür tun, damit die Verjährung nicht eintreten kann. Was aber tut sie? Sie tut nichts, gar nichts. Sie tut allerdings nicht ganz gar nichts, denn sie "beobachtet fest die Entwicklung", so hat es jedenfalls Herr Minister Fahrenschon gesagt, wobei ich konstatieren würde, dass es sich um den Blick des Kaninchens handelt, das handlungs- und bewegungsunfähig vor der Schlange sitzt. Ihre Leute, die Herren Huber & Co., davon zu überzeugen, dass sie auf die Einrede

der Verjährung verzichten - Fehlanzeige. Nicht einmal eine öffentliche Aufforderung dazu kommt von Ihnen. Eigene gesetzliche Initiativen - auch Fehlanzeige. Das nenne ich Politikverweigerung.

Bei dieser Politikverweigerung kam Ihnen blöderweise der Bundestag in die Quere. Der Bundestag hat gehandelt und mit einem neuen § 52 a im Kreditwesengesetz die Verjährungsfrist für alle Ansprüche gegen Verwaltungsräte und Aufsichtsräte aller Kreditinstitute auf zehn Jahre verlängert. Die Verankerung im Kreditwesengesetz statt im Aktiengesetz geschah übrigens ausdrücklich deshalb, weil der Bundestag wollte, dass die Verjährung auch für die öffentlich-rechtlichen Banken, die in den einzelnen Ländern beheimatet sind, gilt. Somit sollte diese Bestimmung insbesondere auch für die Bayerische Landesbank, unsere kostspielige Landesbank, gelten. Man sollte vielleicht vonseiten unserer Kollegen nach einer Expertise beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages fragen, dann könnte man diese Genese des Gesetzes gut nachvollziehen. Man will die Landesbanken unter einem Dach haben. Auch wir wollen das.

Jetzt kommt der Hammer: Der Bundesrat hat gegen verschiedene Passi Einspruch eingelegt, Herr Kollege König. Das gilt auch hinsichtlich des Passus der Verjährung, mit - soviel ich weiß - 7 : 6 Stimmen. Die siebte Stimme war dabei die Stimme Bayerns. Bayern will also, dass der Bund keine entsprechende Regelung trifft. Bayern will, dass die 10-Jahres-Klausel in Bayern nicht eingeführt wird. Angeblich geschieht dies, weil man es selber regeln will. Das ist dann nicht Aufgabe der Opposition, Herr Kollege König. Wenn Sie sagen, es sei Landessache und das wolle das Land selber regeln, dann regeln Sie es! Der Bundesrat kann das Gesetz zwar nicht verhindern. Will der Bundestag das Gesetz aber bis zum 01.01. über die Ziellinie bringen, dann gelingt ihm das nicht, wenn sich der Bundesrat widerspenstig zeigt. Eventuell würde er aber auch auf den entscheidenden Passus der Regelung der Verjährungsfrist verzichten. Beckstein & Co. dürften gejubelt haben.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, die GRÜNEN erwarten vom bayerischen Finanzminister, dass er sich von dieser Blockade des Bundesrates hier und heute klar distanziert und verbindlich zusagt, im Bundesrat bei der Beratung über das Restrukturierungsgesetz für eine Verlängerung der Verjährungsfrist, die auch für die Landesbanken gilt, zu kämpfen. Wir erwarten aber auch von Ihnen - darin bin ich einer Meinung mit Herrn Güller -, dass Sie selber nicht nur davon reden, die Verjährung im Blick zu haben, sondern dass Sie sofort und umfassend handeln. Warum haben Sie bis heute keine Änderung des Landesbank-Gesetzes in Bezug auf die Verjährung durchgesetzt? Warum po-

chen Sie im Bundesrat darauf, dass es Ihres ist, wenn Sie auf Landesebene bisher nichts eingebracht haben? Wir fordern Sie auf, diese Änderung sofort auf den Weg zu bringen, damit bis zum 01.01.2011 eine entsprechende Regelung in Kraft treten kann. Wenn Sie weiter unter Verweis auf die Landeskompetenz beim Bund blockieren und gleichzeitig im Landtag nichts tun, dann betreiben Sie eine Berlusconiisierung in Bayern und zeigen, dass Sie Recht und Gesetz nach persönlichem Interesse einiger weniger basteln. Diese Politik lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Fischer.

**Dr. Andreas Fischer (FDP):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Über das heutige Thema der Aktuellen Stunde "Jetzt handeln - Verjährungsfristen für Verwaltungsräte und Vorstände von Banken verlängern" habe ich mich sehr gewundert. Damit machen Sie die Maxime der Bundesministerin der Justiz zum Thema des heutigen Tages. Dafür danke ich Ihnen. Ich danke vor allem der Bundesministerin der Justiz, die genau das tut: Sie handelt.

(Beifall bei der FDP - Harald Güller (SPD): Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Was soll passieren? - Für bestimmte Aktiengesellschaften sowie Kreditinstitute soll nach der Änderung, die für das Kreditwesengesetz - KWG - vorgesehen ist, die fünfjährige Verjährungsfrist für die Haftung von Organen für Pflichtverletzungen bei der Geschäftsführung auf zehn Jahre verlängert werden. In aller Deutlichkeit: Die FDP-Fraktion hält diese Verlängerung für richtig. Sie hält sie für angemessen. Sie hält sie für notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Dass die Verjährungsfristen zu kurz sind, haben wir alle sehr deutlich im Zusammenhang mit den Ansprüchen um die HGAA erlebt. Wir machen daraus kein politisches Thema; wir handeln.

Sie ziehen die Entscheidung des Wirtschaftsausschusses des Bundesrates heran, der eine Ergänzung vorsieht. Folgender Satz soll angefügt werden: "Ausgenommen sind Ansprüche von Kreditinstituten, deren Organisationsrecht sich nach landesrechtlichen Bestimmungen richtet." Was hat es damit auf sich? Soll diese Änderung eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Banken, die der Landesaufsicht unterliegen, vereiteln? Ich sage Ihnen ehrlich: Ich weiß es nicht. Dieser Antrag stammt nicht aus der Feder Bayerns, sondern aus dem Land Rheinland-Pfalz. Rhein-

land-Pfalz wird bekanntlich von der SPD regiert. Vielleicht fragen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen dort. Es handelt sich um eine Frage der Gesetzgebungszuständigkeit. Zu klären ist, ob das Organverhältnis und die sich daraus ergebenden Sorgfaltspflichten Teil des Organisationsrechts sind. Die Länder haben die Regelungszuständigkeit für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Landesbanken. Letztlich sollte festgestellt werden, ob eine Zuordnung zum materiellen Sparkassenrecht oder zum Sparkassenverfassungsrecht vorliegt. Das ist eine rein juristische Fragestellung. Es handelt sich um eine komplizierte juristische Fragestellung, für die Rheinland-Pfalz um bayerische Unterstützung gebeten hat.

Letztlich ist es völlig egal; denn eines sollte uns alle einen: Es kann und darf keinen Unterschied in Bezug auf die Verjährung geben, egal in welchem Bereich diese Banken angesiedelt sind. Ich denke, in dieser Frage herrscht Konsens in diesem Hohen Haus.

(Harald Güller (SPD): Bei Herrn König noch nicht!)

Insofern sehe ich eine breite Mehrheit, die genau das will: Längere Verjährungsfristen für die betroffenen Organe im Interesse einer längeren Zugriffsmöglichkeit, ganz egal in welchem Bereich. Dafür wird sich die FDP-Fraktion einsetzen. Wir werden abwarten, welche Entscheidung der Bundesrat treffen wird. Wenn der Bundesrat entscheidet, dass die Einführung einer längeren Verjährungsfrist dem Landesrecht obliegt, müssen wir hier im Land sehr schnell handeln. Ich gehe davon aus, dass das nicht der Fall sein wird. In diesem Fall erübrigt sich das Thema, weil diese Frage im Bundesrecht geregelt ist. Die FDP-Fraktion steht in beiden Bereichen ohne jede Einschränkung zu einer Verlängerung der Verjährungsfristen.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Kollege Graf von und zu Lerchenfeld. Bitte schön.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Die SPD beglückt uns heute mit einem Thema zur Aktuellen Stunde, das vor allem dazu dient, viel Staub aufzuwirbeln und heiße Luft zu produzieren.

(Beifall bei der CSU)

Worum geht es? Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses haben im Plenum des Bundesrates empfohlen, das Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinsti-

tute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung - kurz: das Restrukturierungsgesetz - dem Vermittlungsausschuss zuzuleiten. Auf die Äußerungen von Herrn Pohl möchte ich überhaupt nicht eingehen. Er hat durch seine sprachlichen Entgleisungen für mich jeden Anspruch verwirkt, sich in dieser Sache überhaupt zu äußern.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Welchen Grund hatte die Anrufung des Vermittlungsausschusses? Durch den in das Kreditwesengesetz neu eingefügten § 52 a sollen die Verjährungsfristen einheitlich für alle Ansprüche gegen Geschäftsleiter und Mitglieder des Aufsichts- oder Verwaltungsorgans wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht auf zehn Jahre verlängert werden. In den beiden Ausschüssen wird jedoch die Meinung vertreten, dass das Organverhältnis und die sich hieraus ergebenden Sorgfaltspflichten ein Teil des Organisationsrechtes seien, die bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken eindeutig in die Zuständigkeit der Landesgesetzgeber fallen.

Der Bundestag hat in seinen Beratungen zum Gesetz eine Neuregelung geändert, die ursprünglich für das Aktiengesetz vorgesehen war, und diese Regelung in das Kreditwesengesetz aufgenommen. Diese Änderung wirkt sich unmittelbar auf die Regelungskompetenz der Länder aus. Damit greift der Bundestag letztlich in die Gesetzgebungshoheit der Länder ein. Das ist verfassungsrechtlich zumindest bedenklich. Deshalb wurde im Rahmen der Ausschüsse des Bundesrates eine Ergänzung vorgeschlagen, die eine Verlängerung der Verjährungsfristen für die Organe der Sparkassen und Landesbanken durch entsprechende landesrechtliche Regelungen herbeiführen soll. Bayern ist immer der Auffassung gewesen, dass die Länder als Gesetzgeber eigene Regelungen erlassen sollten, wenn diese in die Verantwortung der Länder fallen.

Die gesetzgeberische Initiative sollte der Bund den Ländern nicht entziehen. Die uns zustehende Gesetzeshoheit sollte genutzt werden. Dieser Vorschlag geht auf eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz zurück, das bekanntlich von Ihren Genossen regiert wird, Herr Güller. Die Überweisung an den Vermittlungsausschuss ist nicht auf Initiative Bayerns geschehen, sondern auf Vorschlag Ihrer Kollegen aus Rheinland-Pfalz. Bayern wird am Freitag entscheiden, ob es die Gesetzgebung des Bundes akzeptieren wird.

Im Übrigen hat mein Kollege Alexander König bereits ausführlich dargestellt, dass es an Ihnen gelegen

wäre, einen entsprechenden Gesetzentwurf für die Änderung des Landesbank- und Sparkassengesetzes in diesem Hohen Hause vorzulegen. Herr Güller, Sie haben in der Presse und in dieser Sitzung eine Änderung dieser Gesetze gefordert, um die Verjährungsfristen zu verlängern. Jedoch beantragen Sie eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema und zeigen damit ganz deutlich, dass es Ihnen nicht um die Sache geht. Sie wollen die Sache nur hochspielen und skandalisieren. Das hat überhaupt nichts mit dem Thema zu tun.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist ein Skandal!)

Warum machen Sie Ihre Hausaufgaben als Opposition nicht? Warum machen Sie das Landesgesetz als Entwurf nicht selber? Warum überlassen Sie jede geistvolle Arbeit der Staatsregierung und den Regierungsfractionen?

(Lachen bei der SPD - Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist selbst unter Ihrem Niveau!)

Sie hätten noch nicht einmal sehr viel Geist aufbringen müssen. Sie hätten das Bundesgesetz abschreiben und uns vorlegen können. Ihnen geht es nicht um die Sache, sondern um die Aufwirbelung von Staub und das Herausblasen heißer Luft.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Schindler.

**Franz Schindler (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege von und zu Lerchenfeld, wenn die SPD-Fraktion heute einen Gesetzentwurf mit entsprechendem Inhalt eingereicht hätte, wette ich mit Ihnen, dass Sie genauso argumentiert hätten.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Kollege König, Sie philosophieren über die Frage, ob es überhaupt einen Schaden durch den Kauf der HGAA und der ABS-Papiere gegeben habe.

(Alexander König (CSU): Nicht der HGAA!)

Darf ich Sie einmal daran erinnern, welche Nöte diese Staatsregierung und Ihr früherer Parteivorsitzender und Finanzminister und welche Nöte dieses Haus hatten, 10 Milliarden Euro bereitzustellen, um zu verhindern, dass die Bayerische Landesbank den Bach runtergeht?

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das sollten Sie wirklich besser wissen! Das ist schwach!)

Herr Kollege König, wir können schon darüber philosophieren, ob es überhaupt einen Schaden gibt. Aber darauf kommt es nicht an. Sie sind doch ein kluger Kollege.

(Georg Schmid (CSU): Wo er recht hat, hat er recht!)

Sie wissen, dass es darauf überhaupt nicht ankommt, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Ich habe noch gelernt - Herr Kollege König, Sie wahrscheinlich auch -, dass sich ein ordentlicher Kaufmann überhaupt nicht auf die Verjährung beruft. So etwas tut man nicht. Das gehört sich nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man etwas falsch gemacht hat, dann steht man auch dazu. Für einen ordentlichen Kaufmann ist es unehrenhaft, sich auf Verjährung zu berufen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zweitens. Meine Damen und Herren, es geht um die Unterbrechung oder den Verzicht auf die Einrede der Verjährung oder um die Verlängerung von Verjährungsfristen. Alle drei Möglichkeiten bedeuten nicht, dass damit ein Unwert-Urteil gefällt oder eine Vorverurteilung vorgenommen würde. Diese Möglichkeiten dienen ausschließlich der Sicherung möglicher Ansprüche, falls auf die Einrede der Verjährung nicht freiwillig verzichtet wird. Herr Kollege König, Sie haben erklärt, dass mit der Verlängerung von Verjährungsfristen allenfalls ein Restrisiko ausgeschaltet werden könnte. Genau darum geht es doch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen heute nicht, ob Ansprüche realisiert werden können. Wir wollen uns aber die Option für den Fall offenhalten, dass Vorstände und Verwaltungsräte entweder für ihr Tun oder ihr Unterlassen haften.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie wollen das offensichtlich nicht. Man muss den Eindruck gewinnen, dass es Ihnen darum geht, möglichen Schaden von den Verwaltungsräten abzuwenden. Darum geht es Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es darum, möglichen Schaden vom Freistaat abzuwenden. Das ist der Unterschied zu Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen Verwaltungsräte schonen, so gut es geht. Dafür habe ich Sympathie und Verständnis. Das ist aber nicht die Aufgabe dieses Landtags. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn sich der Bundestag für die Zurückweisung des Einspruchs des Vermittlungsausschusses entscheidet - das ist möglich -, und die Verlängerung der Verjährungsfristen nicht eintritt, kündige ich an, dass wir einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen werden. Wir freuen uns darüber, dass die FDP signalisiert hat, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, um ein Restrisiko auszuschalten.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Radwan. Ihm wird Frau Kollegin Dodell folgen.

**Alexander Radwan (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Meine Damen und Herren! Wir haben heute angeblich eine Aktuelle Stunde. Würden wir uns mit den aktuellen Themen dieses Tages auseinandersetzen, würden wir relativ schnell und ohne große Aufregung zu einem entsprechenden Ergebnis kommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Uhr tickt bis zum 31.12.!)

- Hören Sie mir doch bitte zu.

Heute wurde ein großes Szenario zum Thema "Verjährung" aufgebaut. Ich vertraue voll und ganz dem bayerischen Finanzminister und der Staatsregierung, dass sie ihre Zusage halten, die Interessen des Freistaats Bayern zu wahren. Heute ist der Einspruch zu einem Gesetz auf Bundesebene das Thema. Dazu wurde bereits gesagt, dass das Land Rheinland-Pfalz dieses Gesetz aus Kompetenzgründen, nicht einmal aus inhaltlichen Gründen, angegriffen hat. Sicherlich gibt es in diesem Gesetz einige Punkte, die auch vom Freistaat Bayern zu kritisieren sind, zum Beispiel die Mittelstandskomponente und die Frage, wie das mit der Bankenabgabe funktionieren soll. Zu diesen inhaltlichen Themen hat der Freistaat Bayern für den Mittelstand zu Recht Einspruch erhoben.

Ich habe mich gerade beim bayerischen Finanzminister erkundigt, und er hat mir bestätigt: Wenn dieses Thema heute im Kabinett diskutiert würde, würde sich der Freistaat Bayern nicht gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist wenden, sondern diese Verlänge-

rung im Bundesrat unterstützen. Ich kann nur sagen: Die Interessen und die Rechte des Freistaats Bayern werden durch die Bayerische Staatsregierung, durch den Finanzminister und durch den Ministerpräsidenten bestens vertreten. Hätten Sie sich über das aktuelle Thema und das mögliche Ergebnis einer Beratung in der Staatskanzlei informiert, hätten Sie diesen Popanz heute nicht aufbauen müssen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir werden doch wohl noch fragen dürfen!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Staatsminister, hier ist nur ein Übermittlungsfehler unterlaufen. Frau Kollegin Dodell ist als Rednerin gar nicht gemeldet. Herr Staatsminister Fahrenschon, damit hätten Sie das Wort.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mir die Zeit nehmen, um auszuleuchten, worum es eigentlich geht. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, weil die bisherigen rechtlichen Bedingungen, zum Beispiel für das Wirken des SoFFin, aber auch für andere Maßnahmen, auf das Ende dieses Jahres begrenzt sind. Außerdem soll damit der Instrumentenkasten, den wir in Deutschland hoffentlich kein zweites Mal brauchen werden, erhalten werden. Deshalb wurde ein Gesetz zur Restrukturierung von Banken und für das Einsetzen eines Restrukturierungsfonds vorgelegt. Dieser Restrukturierungsfonds soll mit den Einnahmen aus der Bankenabgabe - das sind immerhin 70 Milliarden Euro - befüllt werden, damit wir für die Zukunft vorbereitet sind.

(Harald Güller (SPD): In 100 Jahren!)

In diesem Gesetz waren auch Regelungen gegen Vorstände und Aufsichtsgremien von Banken in der Rechtsform von Aktiengesellschaften enthalten. Die Bundestagsfraktionen von CDU und CSU haben während der Beratungen eine Veränderung durchgesetzt, wonach diese neuen Regeln im Kreditwesengesetz auf alle Kreditinstitute ausgedehnt werden. Die Verjährungsfristen sollen also in Zukunft auch bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken auf zehn Jahre verlängert werden. Das ist eine richtige Initiative. Die Bayerische Staatsregierung hat an keiner Stelle den Eindruck entstehen lassen, dass sie in Widerspruch zu dieser Initiative steht. Natürlich ist auch die Regelung richtig, dass dies nicht nur für die Zukunft, sondern für alle noch heute offenen Fragestellungen gelten soll.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates hat sich am 11. November 2010 mit diesem Gesetzentwurf befasst. Herr Kollege Güller, es war das SPD-regierte Rheinland-Pfalz, das im Wirtschaftsausschuss den Antrag gestellt hatte, Kreditinstitute, deren Organisationsrecht sich nach landesrechtlichen Bestimmungen richtet, von dieser Verlängerung auszunehmen. Das war nicht die CSU, das war nicht die CDU/CSU, das war nicht die FDP, sondern das war die SPD. Wenn Sie also Verrat wittern, fragen Sie Kurt Beck, fragen Sie Carsten Kühl und fragen Sie Ihren Wirtschaftsminister, warum sie das gemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegen aus Rheinland-Pfalz haben ganz bewusst die Landesbanken hinzugezogen. Das war kein Versehen der SPD-geführten Regierung in Rheinland-Pfalz. Lesen Sie einmal die Begründung des Antrags. Ich möchte sie wörtlich und ausdrücklich zitieren. Dort steht: "Das Organverhältnis und die sich daraus ergebenden Sorgfaltspflichten sind jedoch Teil des Organisationsrechts, welches bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken in die Regelungszuständigkeit der Länder fällt."

Wir stellen also fest, dass es wie so oft im Leben ist: Wenn man mit dem Finger auf jemand anderen zeigt, zeigen wenigstens drei Finger der Hand auf einen selbst, lieber Herr Güller.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens.

(Zurufe des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

- Nehmen Sie doch einfach nur die Fakten zur Kenntnis. - Federführend für den Gesetzentwurf ist der Finanzausschuss des Bundesrats. Dort wurde kein Antrag gestellt. Es gab also auch keine Empfehlung des Finanzausschusses des Bundesrats. Die Verlängerung der Verjährung für alle Kreditinstitute und damit auch für die Bayerische Landesbank wurde seitens des federführenden Finanzausschusses des Bundesrats akzeptiert. Wenn Sie sich also wirklich für die Frage interessiert hätten, hätten Sie sich informieren können. Lieber Herr Hallitzky, das gilt auch für Sie; denn Ihre Presseerklärung ist an dieser Stelle schlicht und einfach falsch. Das darf ich hier vor dem Parlament deutlich festhalten. Sie wollen sich aber aufregen, und deshalb haben Sie vielleicht auch nicht rückgefragt.

Drittens. Bekanntermaßen - auch das ist keine Überraschung - legt die Staatsregierung ihre Haltung zu Beratungen im Plenum des Bundesrats im Ministerrat fest; das ist die richtige Stelle dafür. Ich habe für das

federführende Finanzministerium vorgeschlagen, den Vermittlungsausschuss zur Frage der Verlängerung der Verjährung nicht anzurufen. Diesem Vorschlag ist der Ministerrat heute einstimmig gefolgt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Warum?)

Die Staatsregierung - das darf ich hier vor dem Parlament dezidiert erklären - wird, soweit notwendig, alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die Verjährung Ende des Jahres nicht eintreten wird. Wir gehen dabei auf beiden Wegen vor: Wir arbeiten an der Abgabe der notwendigen Verjährungserklärungen, und wir werden natürlich auch das rechtzeitige Inkrafttreten des Bundesrestrukturierungsgesetzes unterstützen. Das versteht sich von selbst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun bleiben zwei Themen, erstens die rechtliche Frage: Darf der Bund überhaupt - das ist nämlich das Thema, das die Kollegen in Rheinland-Pfalz bereits bewegt - Regelungen treffen, die Institute betreffen, die nach Landesrecht aufgestellt sind? Hier gibt es keine klare Tendenz. Es ist nicht deutlich, ob der Bund seine Kompetenzen überschritten hat. Daher hat sich Bayern dazu entschlossen, die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses zur Frage der Verlängerung der Verjährung nicht weiter zu unterstützen.

Es geht aber nicht nur um Verjährung; es geht nicht nur um Skandal. Es geht im Wesentlichen darum, dass wir Länderinteressen vertreten; deshalb sind wir im Bundesrat zusammen, und deshalb müssen wir uns schon überlegen, ob wir den Vermittlungsausschuss vielleicht aus anderen Gründen anrufen. Da gibt es einige Punkte, die nicht gut sind. Die Verordnung mit den Einzelheiten zur Bankenabgabe soll ohne Zustimmung des Bundesrats erlassen werden können. Das geht an den Kern der Art der Zusammenarbeit von Ländern und Bund in Deutschland.

Die bayerischen Sparkassen und auch die bayerischen Genossenschaftsbanken sind von der Bankenabgabe nicht ausgenommen, obwohl sie die Krise nicht verursacht haben.

(Zurufe von der SPD)

Es ist ein Fehler im System, dass wir den Volks- und Raiffeisenbanken eine Bankenabgabe abpressen, also den Banken, die von sich zu Recht behaupten können, sie seien die einzigen Banken in Deutschland, die mit der internationalen Finanzmarktkrise nichts zu tun haben und die keinen einzigen Euro an Steuergeld bekommen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Am Ende muss man aus der Sicht bayerischer Interessen auch einmal darüber reden, ob es richtig ist, dass wir in die Berechnung der Bankenabgabe Förderkredite einbeziehen, ob es richtig ist, dass wir die Bürgschaftsbanken, die in den letzten 24 Monaten einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben, dass die mittelständische Kreditversorgung nicht eingebrochen ist, über die Bankenabgabe zu bestrafen haben. Das ist ein wichtiges bayerisches Interesse, weil die Aufrechterhaltung der mittelständischen Kreditversorgung für diesen Standort und für die Unternehmen in unserer Heimat von zentraler Bedeutung ist. Deshalb müssen wir das im Verfahren ansprechen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vor einer endgültigen Entscheidung sind sicherlich Gespräche erforderlich, weil wir die berechtigten Interessen der Länder und auch die Interessen des Bundes gegeneinander abzuwägen haben. Sie könnten jetzt gegebenenfalls sagen, der Fahrenschoen und die Staatsregierung haben recht, das Gesetz ist an dieser Stelle mangelhaft, und wir wollen eine Veränderung, aber uns läuft die Zeit davon. Darauf könnte ich Ihnen nur antworten: Wir wollen mit einer Anrufung des Vermittlungsausschusses das Inkrafttreten der Neuregelung und damit die Verlängerung der Verjährung nicht gefährden. Ich will noch einmal festhalten: Die Staatsregierung will ein Inkrafttreten der neuen Regelung im Kreditwesengesetz zum 31. Dezember 2010. Das ist auch möglich, wenn der Vermittlungsausschuss eingesetzt wird und zügig berät.

Lieber Herr Güller, lieber Herr Rinderspacher, jetzt kommt eine wichtige Aufgabe auf Sie zu: Sie müssen sich jetzt nämlich bei Ihren Kollegen im Bund und in den anderen Ländern dafür stark machen, dass wir schnell in den Vermittlungsausschuss kommen; denn dann sind wir auch schnell fertig, dann haben wir zum 31.12. die Regelung, und alles ist geklärt. Ich unterstehe noch einmal: Wir wollen für bayerische Unternehmen, für bayerische Banken und für die bayerische Kreditversorgung die Rahmenbedingungen nicht verschlechtern, sondern verbessern. Genauso wollen wir, dass die Verlängerung der Verjährungsfristen an dieser Stelle durch das Verfahren nicht verändert oder negativ beeinflusst wird.

Wir brauchen das Restrukturierungsgesetz, wir brauchen auch die darin enthaltenen Verlängerungen der Verjährung von Ansprüchen gegen Organmitglieder, wir brauchen aber genauso eine Unterstreichung des berechtigten bayerischen Interesses unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken, wenigstens die

kleinsten aller Kleininstitute von der Bankenabgabe auszunehmen. Wir wären ein schlechter Anwalt bayerischer Interessen, wenn wir das nicht anstreben würden, das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

(Ministerpräsident Seehofer unterhält sich mit einigen CSU-Abgeordneten)

- Was gibt es für ein Problem, Herr Ministerpräsident? Ich habe Tagesordnungspunkt 3 a aufgerufen:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) eines Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes des Freistaates Bayern (BayEZAG) (Drs. 16/6084) - Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird meines Wissens vonseiten der Antragsteller begründet. Frau Kollegin Dr. Strohmayer ist schon unterwegs zum Redepult.

(Ministerpräsident Seehofer unterhält sich weiterhin mit Abgeordneten)

- Hier vorne darf ich die Herrschaften doch ein bisschen um mehr Aufmerksamkeit bitten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Gehen Sie doch raus, wenn Sie reden wollen! Die hören einfach nicht auf!)

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bayerische Entwicklungszusammenarbeit muss eine gesetzliche Grundlage bekommen. In vielen Teilen der Erde breitet sich Massenarmut aus. Wenn wir den Fernseher einschalten, sehen wir jeden Tag erschreckende Bilder von Katastrophen in Entwicklungsländern, von ökologischen Katastrophen, von Dürren und von ökonomischen Katastrophen. Diese Katastrophen wirken sich dort besonders schlimm aus, wo die Menschen ohnehin schon wenig zum Leben haben, wo sie sich jeden Tag fragen müssen, wie sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können.

Die Zahlen sind schockierend: Weltweit stirbt alle sechs Sekunden ein Kind an Mangel- oder Unterernährung. Das sind 2,2 Millionen Kinder pro Jahr. Erst kürzlich wurde der Weltgesundheitsbericht vorgestellt, der deutlich gemacht hat: Wer arm ist, ist in der Regel auch krank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jedem ist wohl klar, dass auch wir hier in Bayern Verantwortung tragen. Wir können nicht einfach sagen, Entwicklungspolitik ist Bundesangelegenheit. Entwicklungspolitik ist sicherlich in erster Linie Aufgabe des Bundes. Das möchte ich gar nicht abstreiten, aber wir tragen hier in Bayern auch Verantwortung dafür, diese katastrophalen Zustände in der Welt etwas zu verbessern.

Sie wissen sicherlich, dass auf UN-Ebene die Millenniumsziele bis 2015 festgelegt wurden: 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes sollen für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden. Leider haben wir in Deutschland dieses Ziel noch nicht einmal annähernd erreicht. Derzeit sind wir bei circa 0,4 % angelangt. Wir müssen uns noch kräftig anstrengen, wenn wir dieses Millenniumsziel in den nächsten Jahren erreichen wollen. Man könnte fast meinen, auf Bundesebene fehle es dem Minister ein bisschen an Leidenschaft für sein Ressort, das er ja auch schon abschaffen wollte.

(Beifall bei der SPD)

Aber zurück nach Bayern. Wir tragen Verantwortung, ich glaube, das ist unstrittig. Es gibt seit 1992 die Grundsätze der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit. Der Freistaat Bayern hat sich eindeutig dazu bekannt, dass er selbstständige Entwicklungszusammenarbeit leistet.

Des Weiteren gibt es Ministerkonferenzen - die letzte war 2008 in Dresden. Damals wurde noch einmal bekräftigt, dass sich auch die Länder klar zur Mitverantwortung an einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt und zum Erreichen der Millenniumsziele bekennen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir stehen in der Verantwortung und in der Pflicht, uns damit zu beschäftigen, was wir im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit verbessern können.

Ich habe es schon genannt: Es ist jetzt 18 Jahre her, dass die Grundzüge für die bayerische Entwicklungszusammenarbeit geschaffen wurden. Ich denke, seitdem hat sich viel verändert. Es ist dringend an der Zeit, etwas zu verändern und zu verbessern. Wir wollen, dass die Entwicklungszusammenarbeit auf verbindlichen und transparenten Regelungen basiert. Deswegen wollen wir dieses Gesetz schaffen.

Die Entwicklungsarbeit in Bayern darf nicht nach Gutsherrenart passieren, das heißt, dass der Minister, wenn er in ein Land kommt, seinen Geschenkkorb auspackt, entsprechende Einladungen ausspricht oder Geschenke verteilt. Ich meine, wir brauchen nachhaltige Projekte, und es muss dafür gesorgt werden, dass das Geld dann tatsächlich bei den Menschen ankommt, die es brauchen.

Entwicklungsarbeit muss in Bayern vor allen Dingen transparenter werden. Wir stellen uns in unserem Gesetzentwurf vor, dass ein Sachbeirat installiert wird, in dem neben Fachleuten auch Parlamentarier sitzen sollen, die dann gemeinsam über diese Mittelvergabe beraten. Des Weiteren soll dem Landtag jährlich ein qualifizierter Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt werden. In diesem Bericht soll stehen, wie viel Geld der Freistaat Bayern für die Entwicklungszusammenarbeit verwendet und wohin es fließt. Es kann doch nicht sein, dass wir als Parlamentarier immer wieder nachfragen müssen: Was passiert denn da? Wo ist denn unser Geld hingekommen? Haben wir dieses Geld wirklich effektiv eingesetzt? Ich habe mir noch einmal die Anfrage meines Kollegen Runge aus dem Jahr 2009 angeschaut. Daraus geht hervor, dass wir über 200.000 Euro für Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet haben. Ich stelle mir schon die Frage: Ist dieses Geld tatsächlich effektiv eingesetzt worden, oder könnten wir etwas verbessern?

Ich meine, 200.000 Euro sind viel Geld. Gerade in Zeiten, wo das Geld knapper wird, wo wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen unheimlich anstrengen, alle Positionen noch einmal überprüfen, brauchen wir Transparenz gerade auf dem wichtigen Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Entwicklungszusammenarbeit muss aber auch noch effektiver werden. Momentan ist es so, dass für die Entwicklungszusammenarbeit zum einen das Wirtschaftsministerium, zum anderen die Staatskanzlei zuständig ist. Keiner weiß eigentlich so genau, wer wann zuständig ist. Wir meinen, die Zuständigkeiten müssen klar geregelt werden, die Kompetenzen müssen gebündelt werden. Wir glauben, dass die Entwicklungszusammenarbeit viel besser und effektiver gestaltet werden kann, wenn künftig nur noch die Staatskanzlei dafür zuständig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit unserem Gesetzentwurf auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, das uns als Sozialdemokraten sehr am Herzen liegt, dazu beitragen, dass auch in Bayern etwas vorangeht. Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit auf sichere, auf moderne Beine stellen. Dazu brauchen wir unseren Gesetzentwurf.

Ich möchte Sie bitten, diesem Gesetzentwurf heute zuzustimmen. Wir nehmen gerne Ihre Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge auf. Ich freue mich auf die anregende Diskussion mit Ihnen und hoffe, dass wir damit gemeinsam den Bereich der Entwicklungs-

zusammenarbeit, der noch nicht gar so oft Thema im Landtag war, etwas erreichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Im Rahmen der Aussprache erhält Herr Kollege Imhof das Wort.

**Hermann Imhof (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben die Möglichkeit, Frau Kollegin Strohmayr, uns in den jeweiligen Ausschüssen, wohin wir Ihren Gesetzentwurf verweisen werden, im Detail damit auseinandersetzen. Ich kann Ihnen schon verraten, dass wir den Entwurf als Fraktion ablehnen werden, und zwar aus folgenden Gründen:

Es ist zum einen mehr als fragwürdig, dass Bayern hier Gesetzgebungskompetenz hat. Das leitet sich schlichtweg aus dem Grundgesetz ab. Allenfalls kann Bayern an dieser Stelle flankierend tätig sein. Wir wünschen uns alle, wenn ich die Sprecher der einzelnen Fraktionen richtig verstanden habe, dass wir in Bayern etwas voranbringen und Verantwortung übernehmen.

Aber selbst dann, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn wir ein Stück weit Gesetzgebungskompetenz für uns in Anspruch nähmen, käme man spätestens mit dem Subsidiaritätsprinzip in Konflikt. Denn wir haben uns 2003 als Norm vorgegeben, dass wir nur dort gesetzliche Regelungen schaffen, wo sie absolut notwendig sind. Anders würde es zu Doppelstrukturen kommen, und es ist nicht sinnvoll, eine Masse von Bürokratie mit damit verbundenen immensen Kosten aufzubauen.

Wir sind doch nicht gefesselt. Der Landtag hat jede Menge Möglichkeiten, Zweckbindungen von Haushaltsmitteln auszusprechen und dadurch Einfluss zu nehmen sowie Berichte von der Staatsregierung einzufordern. Das tun wir auch, Frau Kollegin Strohmayr, auch gemeinsam als developmentpolitische Sprecherin und Sprecher. Es sind auch gemeinsame Anträge in Vorbereitung, wie Sie wissen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es besteht grundsätzlich das Einverständnis aller Parteien, dass wir die developmentpolitischen Leitlinien, die aus dem Jahr 1992 stammen und zum großen Teil veraltet sind, weiterentwickeln und überarbeiten. Dazu haben wir wichtige Dialogpartner. Das sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die NGOs, mit denen wir sehr gut im Gespräch sind. Das muss vertieft werden. Sie verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz in Theorie und Praxis. Sie geben der Arbeit ein Stück weit Fundament.

Wenn diese Leitlinien am Ende neu aufgelegt und überarbeitet sind, dann würde ich das als eine Art Leitplanke bezeichnen, die uns, den Landtag und die Staatsregierung, auffordert, unser Handeln danach auszurichten.

Gestatten Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, noch einige Anregungen. Ich sage Ihnen ganz persönlich, aber ich weiß es auch von den developmentpolitischen Organisationen, dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern, dem 40 bis 60 Organisationen angeschlossen sind, dass Ihr Gesetzentwurf zur erheblichen Irritation geführt hat. Es geht mir so als Sprecher, es geht den anderen Sprechern so, die das wahrscheinlich artikulieren werden und die über diese Fragen in einem ganz intensiven Austausch sind. Ich kann nur spekulieren, was Sie dazu angetrieben hat, so ein Gesetz vorzulegen, das in keiner Weise ausgereift ist. Es scheint mir Stückwerk zu sein, zusammengesetzt, in keiner Weise stimmig, in dem viele Dinge ausgelassen wurden, Prinzipien in den einzelnen Artikeln vergessen wurden, also lückenhaft in jeder Weise. Was Sie da also vorhaben, ist unpräzise ausgeführt, unübersichtlich und nicht nachzuvollziehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gott, jetzt langt es langsam!)

- Ich werde das in den jeweiligen Ausschüssen für unsere Fraktion schon entsprechend begründen, Frau Kollegin. Wir haben dann die Zeit, das Ganze in den Ausschüssen ausgiebig zu diskutieren.

Ich bin völlig unzufrieden mit der Art und Weise, wie Sie den Entwurf vorgelegt haben. Das ist auch eine Frage des Stils und des Umgangs miteinander. Hinzu kommt die Fachlichkeit. Ich glaube schon, dass die NGOs erwartet hätten, mit Ihnen in einen engen Dialog einzutreten, bevor Sie einen solchen Gesetzentwurf vorlegen. Im Übrigen lehnen wir ihn in dieser Form ab und wollen das Ganze an die Ausschüsse überweisen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön. Nächster Redner ist Herr Kollege Fahn. Herr Dr. Fahn, bitte sehr.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sage gleich zu Beginn: Die bayerische Entwicklungszusammenarbeit muss nicht zwingend auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Darüber müssen wir noch im Detail diskutieren.

Es gibt - das wurde gerade gesagt - dieses Eine-Welt-Netzwerk in Bayern. Das ist eine Dachorganisation von 106 developmentpolitischen Gruppen. Diese leis-

ten eine hervorragende Arbeit und hinterfragen auch immer die Zukunftsfähigkeit unserer Lebensweise.

Meine Damen und Herren, es liegt in unserer Verantwortung, die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation zu sichern, ohne zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens zu nehmen. Dieses Eine-Welt-Netzwerk hat in der Vergangenheit hervorragende Veranstaltungen organisiert, so zum Beispiel in Augsburg im Juli letzten Jahres. In regelmäßigen Abständen werden auch die verschiedenen politischen Gruppen zu einem freien Meinungsaustausch eingeladen.

Wir treffen uns regelmäßig mit dem Eine-Welt-Netzwerk und haben in den letzten Monaten parteiübergreifend, also CSU, FDP, Freie Wähler, GRÜNE und SPD, versucht, einen Konsens zu finden. Wir haben auch drei gemeinsame Anträge entwickelt, von denen zwei inzwischen eingereicht sind. Es geht um die Zuständigkeit der Bayerischen Staatsregierung für die Eine-Welt-Politik und die Überarbeitung der Grundsätze bayerischer Entwicklungszusammenarbeit aus dem Jahre 1992. Da muss natürlich einiges verändert werden. Darüber sind wir uns alle einig. Und es geht um einen jährlichen Bericht der Staatsregierung über die entwicklungspolitischen Aktivitäten. Da sind fünf Millionen Euro im Spiel und es ist durchaus wichtig, konkret zu erfahren, was mit diesen Geldern geschieht.

Im Übrigen sind wir uns doch wahrscheinlich auch einig, dass Aussagen zur Eine-Welt-Politik - so habe ich das mitbekommen - in den vergangenen Wochen und Monaten gemeinsam von allen Fraktionen erarbeitet wurden.

Ich darf auch noch einmal an den vorbildlichen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit im Jahre 2007 erinnern. Dieser Beschluss war damals nur möglich, weil sich alle Fraktionen entsprechend abgesprochen hatten.

Der jetzt von der SPD vorgelegte Gesetzentwurf ist - das muss ich leider so sagen - kontraproduktiv, weil er die bisherigen gemeinsamen Absprachen einfach negiert. Scheinbar will sich die SPD auf Kosten der anderen Fraktionen profilieren. Das schadet der gemeinsamen Sache, die gerade bei diesem Thema sehr wichtig ist.

Wenn man sich den Gesetzentwurf der SPD nun näher ansieht, entdeckt man, dass diese drei Anträge, die alle Fraktionen gemeinsam erarbeitet haben, praktisch enthalten sind, aber es wird so getan, als sei das allein die Idee der SPD. Nein, letztendlich sind die gemeinsamen Anträge der verschiedenen Parteien hier integriert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann müssten Sie doch kein Problem haben!)

Nun, das finde ich in dieser Form unfair, denn wir haben uns bisher an die Absprachen gehalten.

In Artikel 6 wird von Ihnen ein Fachbeirat gefordert. Darüber kann man diskutieren. Aber man muss konkret überlegen, ob das nicht eine Entwertung des Eine-Welt-Netzwerkes in Bayern bedeutet, das bisher eine hervorragende Arbeit geleistet hat. Ich habe mit Herrn Dr. Fonari darüber gesprochen. Er hat mir geschrieben, ich zitiere: Auch wir waren sehr überrascht von der teilweise seltsamen und schlecht vorbereiteten Initiative. Was bringt es also, meine Damen und Herren, einen Gesetzentwurf zu präsentieren, der vom Eine-Welt-Netzwerk in dieser Form nicht gewollt ist?

In Artikel 4 werden verschiedene Maßnahmen aufgezählt, wobei sich die Frage ergibt, ob man sich durch die Aufzählung solch vieler Maßnahmen im Gesetz nicht von vornherein zu stark festlegt. Ein Gesetz sollte eigentlich nur Rahmenbedingungen festlegen und nicht zu sehr ins Detail gehen. Bei vielen Dingen, die da enthalten sind, muss man sich auch fragen, ob das nicht Bundessache ist. In Artikel 32 des Grundgesetzes steht, dass das eigentlich Sache des Bundes ist. Deshalb muss man auch fragen, ob wir in Bayern überhaupt ein solches Gesetz für die Entwicklungszusammenarbeit brauchen.

Aber gut, es gibt auch ein Bayerisches Wassergesetz und es soll ein Bayerisches Naturschutzgesetz geben. Also vielleicht kann es dann auch ein Bayerisches Entwicklungszusammenarbeitsgesetz geben.

Wir von den Freien Wählern vermissen einige Bereiche, die wir uns in einem solchen Gesetz gewünscht hätten. Ich denke da an die Überlegungen zur nachhaltigen Entwicklung, die in diesem Gesetz stärker verankert werden könnten. Wichtig ist uns auch die kommunale Entwicklungsarbeit. Die wird nur am Rande erwähnt. Nach Ansicht der Freien Wähler nehmen die Kommunen aber eine Schlüsselstellung bei der Umsetzung eines solchen Gesetzes ein. Es gibt bisher nur 40 Kommunen in Bayern, die einen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst haben. Es könnten durchaus mehr sein.

In Artikel 2 werden Ziele wie die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts genannt. Da hätte auch der Klimaschutz seinen Niederschlag finden müssen.

Wir wünschen uns mehr Planungssicherheit für das Eine-Welt-Netzwerk, so zum Beispiel mehrjährige statt einjährige Projektbewilligungen oder eine Stif-

tung "Bayern Eine Welt". Darüber wurde auch bereits gesprochen.

Fazit: Der Gesetzentwurf der SPD ist mager. Es ist sozusagen nur ein laues Lüftchen, das da weht. Außerdem wurden die fraktionsübergreifenden Absprachen leider negiert. Das ist sehr schade. Mein Vorschlag geht dahin, dass sich alle Fraktionen trotzdem noch einmal zusammensetzen, um auch die Frage zu klären, ob ein Gesetz in dieser Form überhaupt notwendig ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege. Nächster Redner: Kollege Dr. Runge.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Befassung mit einer Eine-Welt-Politik, mit Einer-Welt-Gerechtigkeit ist zweifelsohne wichtiger denn je. Das ist gar keine Frage. In vielen Teilen der Erde kommt es zur Verschärfung ökologischer und sozialer Krisen. Es gibt immer mehr Instabilität, kriegerische Konflikte, Armut und Hunger.

Nun eine Ergänzung zum Beitrag von Frau Strohmayr: Seit der Beschlussfassung zu den Millenniumszielen im Jahre 2000 haben wir etwa 400 Millionen Hungertote zu registrieren. Das Finanzmarktdebakel hat mehrere hundert Millionen Menschen zurück unter die Armutsgrenze geworfen. Wir haben es mit den drohenden Auswirkungen des Klimawandels zu tun, der vor allem in den ärmeren Ländern vorrangig zuschlägt.

Wir haben die Welternährungskrise, gegen die es auch noch keine Absicherung gibt. Das sind alles Dinge, die uns sehr nachdenklich machen müssten. Selbstverständlich brauchen wir auch in Bayern eine Eine-Welt-Politik. Das heißt, dass politische Entscheidungen bei uns im Maßstab globaler Verantwortung getroffen werden müssen und dass sie im Sinne von Nachhaltigkeit zu treffen sind.

Eine-Welt-Politik in Bayern bedeutet auch "in Bayern für Bayern". So ist es ganz wichtig, sich auch in der schulischen Bildung mit diesen Themen zu beschäftigen und generell eine breitere Bewusstseinsbildung für globale Zusammenhänge herzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir hier im Bayerischen Landtag haben tatsächlich schon vieles erreicht und vorangebracht. Ich mache das Geschäft nun seit zwölf Jahren. Am Anfang war es tatsächlich das Bohren dicker Bretter; jeder Antrag wurde abgeschmettert. Seit einigen Jahren haben wir dank der Zusam-

menarbeit der Fraktionen immer mehr erreicht. Ein Höhepunkt war dieser Antrag gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Er ist schon genannt worden. Da stand nicht nur drin, dass die staatliche Seite, also der Freistaat Bayern und alle seine Satelliten und Unternehmen künftig nur mehr Produkte nachfragen sollten, bei denen solche Kinderarbeit ausgeschlossen ist, sondern es ging da auch um Öffentlichkeitsarbeit. Darin ist zum Beispiel auch die Aufforderung an den Bund enthalten, das Vergaberecht dahingehend zu ändern, dass zweifelsfrei ökologische und soziale Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung abgefragt werden können. Das waren Meilensteine. Der Bund hat diese Überlegungen mit der Änderung des Vergaberechtsgesetzes umgesetzt.

Ich wiederhole also, dass mittlerweile ein Großteil der anderen Bundesländer und der anderen Landtage diesen bayerischen Antrag übernommen und beschlossen hat. Wir sind hier tatsächlich vorangekommen, aber es reicht leider nicht.

Es gibt nämlich noch viel zu tun. Kollege Fahn hat schon das Antragspaket angesprochen, welches wir, beginnend vor einem Jahr, gemeinsam erarbeitet haben. Es enthält genau die drei Punkte, die auch Kern des Gesetzentwurfs sind: Das ist zum Ersten die kontinuierliche Berichterstattung. Vorher haben wir halt jedes Jahr zwei, drei Anfragen gestellt, darum tun wir uns etwas leichter, wenn der Bericht von Haus aus kommt. Das ist zum Zweiten die institutionelle Verankerung, also die Frage, wer in der Staatsregierung die Federführung hat, und zum Dritten, dass die Grundsätze der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit endlich überarbeitet werden.

Es klemmt noch bei einem dieser drei Anliegen, nämlich bei der institutionellen Verankerung. Da müssen wir prüfen, wie wir das dann handhaben. Aber zwei der Punkte sind mittlerweile auf den Weg gebracht. Interessanterweise sind, wie gesagt, diese drei Anliegen Bestandteil des Gesetzentwurfs. Ich mag jetzt nicht über die Motivation, die dahintersteckt, spekulieren. Es ist schon ausgeführt worden, wie dies beispielsweise bei den verschiedenen Eine-Welt-Gruppen, vor allem bei den großen Mitgliedsgruppen, im Netzwerk angekommen ist. Wir steigen dann in die Beratungen ein. Die Frage ist, ob es ein Gesetz braucht. Das ist zu diskutieren. Auch die andere Frage, ob der Gesetzentwurf zielführend, stringent und umfassend genug ist, werden wir diskutieren. Ich halte das schon für fraglich. Wir könnten jetzt auch noch den einen oder anderen Punkt benennen, wenn es die Zeit zulassen würde. Wir sollten uns damit schon etwas Mühe geben, damit wir alle gemeinsam im Sinne der Sache und des Anliegens vorankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächster Redner: Herr Kollege Prof. Dr. Barfuß. Ihm folgt dann noch Frau Kollegin Dr. Strohmayr. Bitte schön.

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich jeder Fraktion unbenommen, hier solche Anträge zu stellen. Frau Dr. Strohmayr, ich finde es aber ein bisschen schade, weil wir zu fünft an diesem Thema arbeiten und drei Anträge gestellt haben; zwei gehen schon durch, der dritte - davon bin ich überzeugt - wird bald kommen. Aber es bleibt Ihnen, wie gesagt, unbenommen.

Ich teile mit Ihnen die Auffassung, die wir hier alle im Hohen Haus vertreten. Dass uns die Massenarmut, die soziale Instabilität sowie die sozialen oder ökologischen Folgen nicht in Ruhe lassen können, ist ganz klar; aber es geht um den Weg, wie wir dort hinkommen.

Zunächst ist die Frage: Was ist die Rechtsgrundlage? Sie schreiben, dass dies Artikel 32 des Grundgesetzes decken würde. Das sehen andere Juristen anders. Hier wird eindeutig gesagt, Entwicklungshilfepolitik ist Bundespolitik. Sie gestatten mir, dass ich als Haushälter frage: Welchen Betrag hätten Sie sich denn vorgestellt, damit das wirklich wirksam wird, wenn der Bund jährlich zwischen 6 Milliarden und 7 Milliarden Euro zur Verfügung stellt? Dann, das werden Sie sehen, ist der bayerische Beitrag allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Flankierend, wie Herr Dr. Fahn vorschlägt, kann man das auf alle Fälle machen. Es wäre mir aber sehr wichtig, dass das Bewusstsein, das wir in allen fünf Fraktionen für diese entwicklungspolitische Zusammenarbeit haben, quasi als Grundprinzip staatlichen Denkens in das Denken der Ressorts eingeht, sodass auch die Ministerialbürokratie erkennt, das Parlament möchte das. Das ist viel wichtiger als alles andere. Ich habe einmal ausgerechnet, dass wir in Bayern für dieses Projekt ungefähr 5 Millionen Euro ausgeben, während der Bund 6 bis 7 Milliarden Euro ausgibt. Daran mögen Sie erkennen, dass es ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

In diesem Zusammenhang noch etwas anderes: Ich möchte die SPD-Kollegen bitten, wieder zur Gemeinsamkeit zurückzukehren. Wir haben es beim Thema Asyl geschafft, wir schaffen es vielleicht auch in der Kinderkommission. Wir haben nicht so viele Freunde, die mit dem Thema "Eine Welt" etwas am Hut haben. Es ist in jeder Fraktion eine Riesenarbeit, die Kollegen davon zu überzeugen. Darum meine ich, wenn Sie wieder kommen, werden wir wieder stärker. Darauf möchte ich eigentlich hinaus.

Noch etwas muss ich los werden: Wir glauben nicht, dass dieser Bereich bei der Staatskanzlei besser aufgehoben wäre. Denn die bisherige Ansiedlung dieses Bereichs im Wirtschaftsministerium hat sich bewährt, ob es bei Otto Wiesheu war oder ob es nun bei Martin Zeil ist. Wir sollten diese Strukturen nicht aufbrechen. Fazit ist: Es hat nicht geschadet, dass Sie den Antrag gestellt haben. Das ist so, als würde sich ein übereifriger Schüler melden und sagen, Herr Lehrer, ich weiß etwas. Aber gehen Sie davon aus, dass auch die anderen etwas wissen. Lassen Sie uns gemeinsam wieder zusammenkommen. Die Menschen in der Dritten Welt haben das wirklich verdient.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Kollegin Dr. Strohmayr ist die letzte Rednerin in dieser Ersten Lesung. Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß tatsächlich etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich bedanke mich für diese sachorientierte Diskussion. Ich war ein bisschen nervös, weil ich mehr Prügel erwartet habe.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Wir wollen doch miteinander etwas erreichen!)

- Letztendlich wollen wir miteinander etwas erreichen, und das ist auch in unserem Sinne. Ich wollte hier mitnichten einen Keil hineintreiben. Auch die breite Diskussion hier war einmal gut und in der Sache hilfreich. Das ist ein wichtiges Thema. Es ist notwendig, im Großen über dieses Thema zu diskutieren.

(Zuruf von den Freien Wählern)

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. Ich habe schon gesagt: Wir werden mitnichten auf unserem Gesetzentwurf bestehen, sondern sind natürlich bereit, gute Vorschläge aufzunehmen und unseren Gesetzentwurf zu verändern. Wir sollten in der Sache vorankommen. Das müsste eigentlich über allem stehen. Bei diesem Thema sind wir uns in vielen Dingen eigentlich einig. Es gibt eine überparteiliche Gruppe. Aus dieser Gruppe habe ich mich natürlich nie zurückgezogen, sondern ich will da weiterhin mitarbeiten. Das ist ganz klar. Ich glaube nur: Nachdem wir einen Vorschlag gemacht haben, der über das, was wir bis-

her schon gemeinsam verabschiedet haben, ein bisschen hinausgeht, lohnt es sich auch, über diesen Vorschlag nachzudenken.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von den Freien Wählern)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Die Aussprache ist damit geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf federführend dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zu überweisen. - Ich kann feststellen, damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u. a. und Fraktion (FW)  
zur Änderung des Sparkassengesetzes  
(Drs. 16/6191)  
- Erste Lesung -**

Dieser Gesetzentwurf wird begründet. Herr Kollege Hanisch ist der Redner der Antragsteller, bitte sehr.

**Joachim Hanisch (FW):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In 15 von 16 Bundesländern ist es möglich, dass Arbeitnehmer einer Sparkasse auch im Verwaltungsrat einer Sparkasse vertreten sind, sei es beratend oder mitbestimmend. In Bayern ist es leider nicht möglich. Das Sparkassen-Gesetz sieht das nicht vor. Wir wollen das ändern. Ich befürchte jetzt, dass die einen sagen werden, das haben wir schon ein paar Mal gehabt, das ist immer abgelehnt worden; der Vorschlag der Freien Wähler geht uns nicht weit genug. Die anderen werden sagen, der Vorschlag der Freien Wähler geht uns zu weit. Wir wollen zumindest einen Versuch unternehmen und stellen uns eine entsprechende Regelung vor. Denn eine Beteiligung der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat ist längst überfällig, zeitgemäß, demokratisch, transparent und notwendig.

Wir Bayern wollen nicht weiter das Schlusslicht unter den Ländern Deutschlands sein. Wir haben deshalb einen Gesetzentwurf erarbeitet, der die kommunale Ebene nicht zu sehr einschränkt, aber die Rechte der Arbeitnehmer stärkt; sprich: Jeder einzelne Verwaltungsrat kann entscheiden, ob er bis zu einem Viertel seiner Mitglieder Beschäftigte einer Sparkasse aufnehmen will. Es gibt in Bayern bereits vereinzelt Verwaltungsräte, die für sich allein beschlossen haben - ich komme aus solch einem Landkreis -, dass der Verwaltungsrat der Sparkasse durch eine gewerkschaftliche Vertretung präsent ist, natürlich nicht durch Mitarbeiter dieser Sparkasse, aber durch einen

gewerkschaftlicher Vertreter. Herr Kollege Schindler weiß dies, denn er kommt aus dem gleichen Landkreis. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht und meinen, wir sollten diesen Einstieg unternehmen. Wir sollten das Ganze so auf freiwilliger Basis des jeweiligen Landkreises oder der kreisfreien Stadt regeln,

(Christa Naaß (SPD): Warum freiwillig?)

dass die Möglichkeit eines Einstiegs besteht. Das können wir immer noch schärfer formulieren. Hier kann der jeweilige Verwaltungsrat entscheiden, ob man das will oder nicht. Wir halten es für eine gute Lösung, so einzusteigen, und bitten Sie um Zustimmung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege, vielen Dank für diese Begründung. Damit eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Zellmeier.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Beschäftigtenvertreter in den Verwaltungsräten der Sparkassen, das Kollege Hanisch vorgestellt hat, ist nicht neu. Über dieses Thema können wir nicht so einfach hinweggehen. Natürlich gibt es im Gegensatz zu den anderen Großbanken bei den Sparkassen keinen Arbeitnehmervertreter. Dieses Thema bedarf einer intensiven Diskussion. So einfach, wie es sich die Freien Wähler machen, ist es aber auch nicht. Wir haben mehrere Punkte zu berücksichtigen. Kollege Hanisch hat es vorhin angesprochen: 15 von 16 Ländern haben die Mitarbeitervertretung. 15 von 16 Ländern haben aber auch die Beschäftigten bei den Sparkassen und nicht beim Träger. Das muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen. Es ist ein Unterschied, ob ich bei einem Landkreis bzw. einer Stadt oder bei einer Sparkasse beschäftigt bin. Deshalb muss man sehr wohl prüfen, ob es Nachteile hätte, wenn die Beschäftigungsverhältnisse geändert würden. Wenn wir über Mitbestimmung reden, müssen wir auch darüber reden, wo die Mitarbeiter beschäftigt sind. Wenn die Einführung der Mitbestimmung eine Änderung der Beschäftigungsverhältnisse nach sich ziehen würde, müssten wir fragen, welche Vor- und Nachteile eine solche Maßnahme für die Mitarbeiter hätte.

Zudem ist ein Popularklageverfahren vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof anhängig. Auch den Ausgang dieses Verfahrens sollten wir abwarten. In der Entscheidung werden uns vielleicht wichtige Hinweise dafür gegeben werden, wie eine neue Regelung aussehen sollte, wenn wir sie denn anstreben.

Werte Kolleginnen und Kollegen von den Freien Wählern, Sie sagen immer, Sie seien den Kommunen am nächsten. Wissen Sie, dass die kommunalen Spitzenverbände der Gemeinden, Städte und Landkreise einstimmig die Mitbestimmung abgelehnt haben? Sie sollten sich deshalb nicht über die Köpfe der Betroffenen hinwegsetzen, sondern überlegen, ob Sie damit den Willen Ihrer angeblichen Basis vertreten. Die Stellung der Eigentümer wird durch die Einführung der Mitbestimmung eindeutig geschwächt. Künftig würden die Eigentümer nur mehr zur Hälfte im Verwaltungsrat vertreten sein. Die Eigentümer sind aber demokratisch gewählt. Die Verwaltungsratsmitglieder sind nicht irgendwelche Kapitalisten, die bei der Sparkasse Anteile haben, sondern Vertreter demokratisch gewählter Gremien.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe hier den Jargon der SPD übernommen. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich mich Ihrer Ausdrucksweise befleißigt habe.

Als besonders bedenklich empfinde ich das Optionsmodell. Wenn wir eine Regelung einführen, wäre mir eine verpflichtende Regelung, wie sie SPD und GRÜNE schon einmal vorgeschlagen haben, lieber. Das Optionsmodell verschiebt die Verantwortung nur auf die Sparkassenträger, die Kommunen. Es gibt dann arbeitnehmerfreundliche und weniger arbeitnehmerfreundliche Träger. Wer will denn die Debatte in den kommunalen Gremien vor Ort haben? Wo haben wir vergleichbare Mitbestimmungsregelungen bei den größeren Unternehmen, nach denen die Unternehmen selbst bestimmen könnten, ob sie eine Mitbestimmung wollen oder nicht? Das sehe ich als Verschieben der Verantwortung. Liebe Kollegen von den Freien Wählern, das Motto "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" gelingt bei Ihnen manchmal, in den meisten Fällen aber Gott sei Dank nicht. Ich hoffe, es gelingt auch hier nicht.

Die Frage, welche Vorteile oder Nachteile eine Beschäftigung bei den Sparkassen statt beim Träger hat, ist sehr genau zu prüfen.

Es ist genau abzuwägen, welche Folgen man damit auslöst. Deshalb werden wir mit Sicherheit dem Entwurf so, wie er vorliegt, nicht zustimmen. Wir sind auf die Beratungen in den Ausschüssen gespannt. Vielleicht gibt es wesentliche Erkenntnisse. Ich würde aber an Sie appellieren: Warten wir erst ab, was der Bayerische Verfassungsgerichtshof sagt.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat der Kollege Franz Schindler das Wort.

**Franz Schindler (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ist in der Tat nicht neu. Man merkt es schon daran, dass die Argumente, die der Kollege Zellmeier gebracht hat, aus dem letzten und vorletzten Jahrhundert stammen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt insbesondere für die Behauptung, eine Mitbestimmung würde möglicherweise gegen das Demokratieprinzip und gegen Eigentumsrechte der Träger der Sparkassen verstoßen. Mit Verlaub, darüber haben wir in diesem Haus, jedenfalls seitdem ich hier bin, schon mindestens fünfmal diskutiert. Das, was das Innenministerium dazu ausgeführt hat, war immer verkehrt.

Ich freue mich, dass die Freien Wähler dieses Thema jetzt aufgegriffen haben. Ich habe aber den Verdacht, dass das Motiv für diesen Gesetzentwurf der Umstand war, dass ein Stadtrat der Freien Wähler aus Amberg wegen des Stimmverhaltens der Freien Wähler bei unserem Antrag, die Drittel-Parität einzuführen, bei den Freien Wählern ausgetreten ist. Es ist aber nicht schlecht, wenn Sie aus solchen Ereignissen lernen.

Die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in den Verwaltungsräten der Sparkassen ist ein uraltes Anliegen der SPD. Wir haben in der achten, der neunten, der zwölften und zuletzt in dieser Legislaturperiode jeweils entsprechende Initiativen ergriffen. Sie sind zunächst an der CSU gescheitert, jetzt sind sie auch noch an der FDP und den Freien Wählern gescheitert. Unser Ziel war und ist, dass die Verwaltungsräte zu einem Drittel mit Beschäftigten der Sparkassen besetzt werden sollen, weil das der Gesetzeslage in fast allen anderen Ländern entspricht.

Wir haben über diese Frage auch im Zusammenhang mit einer Popularklage von drei Mitarbeitern dreier bayerischer Sparkassen diskutiert. Die Kläger haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in Bayern eine Sondersituation gegenüber anderen Ländern haben. Wir haben in der Bayerischen Verfassung nämlich mit Artikel 175 ein Grundrecht auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer, das auch für solche Fälle gilt.

Jetzt aber konkret zum Gesetzentwurf der Freien Wähler. Er sieht vor, dass bei drei weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrats einer von den Arbeitnehmern gestellt werden kann; und bei sechs weiteren Mitgliedern wären es zwei. Allerdings dürfen es nicht mehr als ein Viertel der Mitglieder des Verwaltungsrats sein. Es gibt in Bayern bestimmt keine einzige

Sparkasse, in der es nur drei weitere Verwaltungsräte gibt. Aus unterschiedlichsten Gründen, im Regelfall wegen Fusionen, sind die Verwaltungsräte mittlerweile viel größer geworden. Es gehören dem Verwaltungsrat auch nicht nur Vertreter des Trägers an. Dem Verwaltungsrat müssen immer auch von der Aufsichtsbehörde berufene Mitglieder angehören. In diesem Zusammenhang wäre die Frage nach der demokratischen Legimitation zu stellen und nicht im Zusammenhang mit der Vertretung der Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Das Schönste am Gesetzentwurf der Freien Wähler ist aber die Regelung, mit der sie es den Kommunen überlassen wollen, ob im Verwaltungsrat ihrer jeweiligen Sparkasse die Beschäftigten mitreden dürfen oder nicht. Mit Verlaub, für mich stellt sich die Frage, welchen Sinn eine solche Regelung machen soll. Theoretisch könnte dadurch ein Flickenteppich über ganz Bayern entstehen. Bei der einen Sparkasse gibt es die Mitbestimmung in Form der Mitsprache eines oder von zwei Beschäftigten, in der anderen gibt es keine Mitbestimmung. Das ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Deswegen können wir diesem Gesetzentwurf auch nicht als erstem Schritt zustimmen, weil er viel zu wenig enthält gegenüber dem, was wir wollen.

Auch in diesem Zusammenhang muss ich wieder den verstorbenen Bürgermeister von Ismaning zitieren, der einmal zu einem ähnlichen Ansinnen gesagt hat: "Dös is was, is aber a wieder nix, und es is a bisserl mehr nix wia was." Das ist das Wesen des Gesetzentwurfs der Freien Wähler. Deswegen können wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Hallitzky das Wort.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen von der SPD und von den Freien Wählern haben recht: Es ist in der Tat ein ziemlich beschämendes Zeugnis, wenn wir uns jetzt zum x-ten Mal mit diesem Thema befassen müssen. Wir haben dazu Anträge und im Zusammenhang mit dem Landesbankgesetz auch eine Gesetzesinitiative eingebracht. Die SPD, die natürlich auch etwas älter ist, hat das schon vorher getan. Die Freien Wähler haben heute einen Entwurf eingebracht. Wir sollten den Artikel 175 der Bayerischen Verfassung ernst nehmen. Die Bayerische Verfassung verhindert nicht, sondern bejaht ausdrücklich eine umfassende Mitbestimmung und Mitwirkung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in öffentlich-rechtlichen Unternehmen. Es gibt ein Recht, das in

der Verfassung verankert ist. Die Mitbestimmung ist damit in Bayern verfassungsrechtlich besser verankert als in anderen Ländern. Gegen diesen Verfassungssatz stemmen sich CSU und FDP seit ewig und drei Tagen.

Selbst ohne verfassungsrechtliche Verankerung wäre dieser Zustand undemokratisch, der in 15 von 16 Ländern schon längst überwunden ist. Nur in Bayern hält die Staatsregierung immer noch an einer Regelung fest, die bekanntlich aus dem Jahr 1933 stammt. Damals ging es um die Durchsetzung des Führerprinzips bei den Sparkassen. In 15 von 16 Ländern ist das längst Geschichte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht die 15 von 16 Bundesländern, die die demokratischen Regeln zur Unternehmensmitbestimmung bei den Sparkassen längst eingeführt haben, sind die politisch-juristischen "Geisterfahrer", sondern es ist die Bayerische Staatsregierung, die mit immer neuen juristisch spitzfindigen Winkelzügen zu erreichen versucht, in der zentralen Frage des Mitbestimmungsrechts nicht handeln zu müssen. Sie hatten immer wieder die Chance. SPD, GRÜNE und heute die Freien Wähler geben Ihnen die Chance, die fehlende Mitbestimmung endlich zu verankern. Sie haben sich immer wieder gegen die Beschäftigten in den Sparkassen entschieden. Das ist politisch ignorant und verfassungsjuristisch problematisch.

Ich bin froh, dass die Freien Wähler heute einen neuen Anlauf machen - steter Tropfen höhlt den Stein -, um die Regierungsfraktion aus diesem vordemokratischen Dornröschenschlaf zu erwecken, denn das Thema muss irgendwann vom Tisch. Sollte es mit diesem Gesetzentwurf gelingen, dass Sie überhaupt wach werden, haben wir die Chance, die inhaltlich strittigen Punkte konstruktiv in den Ausschüssen zu debattieren. Kollege Schindler hat auf einige Punkte hingewiesen, etwa auf die Frage, ob die Drittelparität gewährleistet sein sollte, oder insbesondere auf die Frage, inwieweit die Kommune bei der Ausgestaltung vor Ort einen eigenen Handlungsspielraum bekommen soll. Mich macht die Vorstellung relativ unglücklich, dass in jeder Sparkasse die Situation anders ist.

Die Ausschussberatungen werden zeigen, ob Sie bei Ihrer Totalverweigerung bleiben oder endlich bereit sind, den für eine moderne Verantwortungsgesellschaft unerträglichen Zustand der fehlenden Unternehmensmitbestimmung bei den bayerischen Sparkassen endlich zu beenden. Ich sehe den Antrag der Freien Wähler inhaltlich nicht ganz so skeptisch wie Sie, Herr Schindler, weil er eine erste Stufe bietet, auf der die Mehrheitsfraktion in die Debatte eintreten kann. Ich muss allerdings sagen, dass ich aus Erfah-

nung etwas skeptisch bin, ob CSU und FDP mitmachen. Sie haben aber die Chancen, und ich fordere Sie auf, diese zu nutzen und mich einmal positiv zu überraschen. Ich danke Ihnen und freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächster Redner hat Kollege Rohde das Wort. Bitte schön.

**Jörg Rohde (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Déjà-vu-Erlebnis. Wir hatten diese Debatte vor Kurzem anlässlich der Verfassungsstreitigkeit. Deswegen ist das Thema gut bekannt. Diesmal liegt der Debatte ein Gesetzentwurf der Freien Wähler zugrunde, der die Verantwortung über die Mitbestimmung in den Verwaltungsräten der Träger der Sparkassen den Kommunen überlassen möchte. Kommunale Selbstverwaltung? - Ja, wo sie hingehört. In diesem Fall hätten wir einen Flickenteppich nach dem Motto: Einmal geht es, einmal geht es nicht. Es läuft darauf hinaus, dass das davon abhängt, wer die Kommunalwahl gerade gewonnen hat, um die Beschlüsse auf Stadtebene durchzusetzen. Das würde zu nichts führen. Der Bayerische Landtag ist dazu da, die Rahmenbedingungen festzulegen. Wir müssen an dieser Stelle die Argumente austauschen, ob das sinnvoll ist. Ich denke, wir werden dem Gesetzentwurf der Freien Wähler sehr, sehr skeptisch gegenüberstehen. Das Timing ist ungeschickt, weil die Popularklage anhängig ist. Wir wissen noch nicht, was dabei herauskommt. Möglicherweise steht im Urteil ein Hinweis, wie sich der Gesetzgeber verhalten sollte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Deshalb bitte ich, vor dem Urteil darauf zu verzichten, eine Zweite Lesung zu beantragen. Wenn sie vorher beantragt würde, würde ich davon ausgehen, dass unsere Fraktion den Gesetzentwurf ablehnt. Ich will nicht vorgreifen.

(Lachen bei der SPD - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was ist nachher?)

Wir hatten die Argumente in der Debatte schon ausgetauscht. Der Arbeitnehmervertreter, der in den Verwaltungsrat kommen würde, hätte mit darüber zu entscheiden, wer der Vorstandschef wird. Er hätte mit darüber zu entscheiden, wie die unternehmerische Ausrichtung, eventuell die Risikobereitschaft der Sparkasse wäre. Dann müsste er entscheiden, ob er heute ein bisschen mehr auf der Arbeitgeberseite oder mehr auf der Arbeitnehmerseite steht. Das ist ein Gewissenskonflikt. Hinzu kommt, dass durch die Fi-

nanzkrise die Anforderungen an die Menschen in den Verwaltungsräten erhöht worden sind. Ich bitte die Staatsregierung, dazu Untersuchungen anzustellen. Es muss also gewährleistet sein, dass der Arbeitnehmervertreter das überhaupt leisten kann. Es muss gefragt werden, was es für ihn bedeutet; denn der Bankensektor ist sehr sensibel. Deshalb müssen wir aufpassen. Da die Anforderungen an die Menschen in den Verwaltungsräten hochgeschraubt wurden, gilt das auch für die Arbeitnehmervertreter. Das ist eine überdenkenswerte Sache. Dazu sollte eine Untersuchung abgewartet werden.

Ich schlage ein gemächliches Tempo vor. Ob man etwas ändert, werden wir diskutieren und die Argumente vorbringen, die wir schon einmal ausgetauscht haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was ist das Problem?)

Ein Nein kann ich zur Abwälzung auf die kommunale Ebene ankündigen. Wir werden uns nicht raushalten und eine eigene Antwort geben. Ich würde mir eine eigene Antwort wünschen. Wir werden die Debatte sicherlich fortsetzen. Das haben wir angekündigt. Sie werden das bestimmt verfolgen, das ist überhaupt keine Frage. Ich bin gespannt auf die Beratungen im Ausschuss und die Informationen, die wir im Laufe der Beratung weiter zum Thema sammeln können. Dabei will ich es für heute in der Ersten Lesung beenden lassen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als letzter Redner hat nun Herr Staatssekretär Gerhard Eck das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Debatte nicht in die Länge ziehen, aber die Argumente ein Stück weit geraderücken. Herr Kollege Schindler, Sie haben in Ihrer Rede zum Ausdruck gebracht, dass dieses Thema in der Vergangenheit schon oft diskutiert worden sei. Das akzeptiere ich so. Sie haben aber weiterhin ausgeführt, dass alles, was in diesem Zusammenhang vom Innenministerium angesprochen worden ist, falsch gewesen sei. Ich möchte diesen pauschalen Vorwurf zurückweisen. Ich will nicht ins Detail gehen. Aber so, glaube ich, können wir, lieber Herr Schindler, nicht miteinander umgehen. Punkt!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich räume sehr wohl ein, dass es zu dieser Thematik ein Für und Wider gibt. Alle Redner, die hier gespro-

chen haben, haben Ansätze vorgetragen, die verlockend und auch unterstützenswert sind. Wir sind aber heute an einem Punkt angelangt, bei dem wir mitten im Nebel stehen und darin herumstochern. Wir sollten zunächst das Gerichtsverfahren abwarten, die Erkenntnisse und das Urteil des Gerichtsverfahrens zur Kenntnis nehmen und ein vernünftiges Fundament bauen. Daraufhin sollten wir über die Zukunft diskutieren. Deshalb bitte ich, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. Das war der erste Punkt.

(Christa Naaß (SPD): Er muss doch erst beraten werden!)

Der zweite Punkt ist, dass mit dem Änderungsentwurf inhaltliche Details angesprochen werden - darin pflichte ich Herrn Schindler und Herrn Rohde bei -, die faktisch falsch sind. Das ist der zweite Punkt, weshalb ich an dieser Stelle ganz herzlich bitte, diesen Entwurf abzulehnen. Ich sage noch einmal zum Abschluss: Wir sollten auf einem vernünftigen Fundament und mit den Ergebnissen der Gerichtsentscheidung diese Diskussion neu aufbauen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Die Aussprache ist damit geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? Ich bitte um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt 4 komme, kündige ich an, dass zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7, den beiden letzten der heutigen Tagesordnung, namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich bitte das bei der eigenen Terminplanung entsprechend zu berücksichtigen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Überprüfung der Gültigkeit des Volksentscheids vom 4. Juli 2010 nach Art. 80 Landeswahlgesetz**

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt auf der berechtigten Drucksache 16/6198 folgende Beschlussfassung: "Die Gültigkeit des Volksentscheids vom 4. Juli 2010 wird festgestellt."

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen

der CSU, der SPD, der Freien Wähler, der GRÜNEN, der FDP und die Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli, fraktionslos. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Renate Dodell (CSU): 17, 18 wie im Wirtschaftsausschuss, oder?)

Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler, der SPD, der GRÜNEN und die Abgeordnete Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir kommen nun zur gemeinsamen Behandlung der Tagesordnungspunkte 6 und 7:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klare Absage an eine Realisierung des Autobahn-Südrings A 99 (Drs. 16/5217)**

und

**Antrag der Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard, Erwin Huber, Eberhard Rotter u. a. (CSU), Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. (FDP) Autobahn-Südring A 99 (Drs. 16/5379)**

Ich habe darauf hingewiesen, dass dazu namentliche Abstimmung beantragt ist.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Tausendfreund. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Susanna Tausendfreund (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Planungen für

den Autobahn-Südring südlich von München sind in der Vergangenheit in regelmäßigen Abständen immer wieder aus der Schublade geholt worden. Zum Glück und aus guten Gründen ist die Planung immer wieder in der Schublade verschwunden. Aber spätestens nach der Vorlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie ist es an der Zeit, den Autobahn-Südring endgültig zu beerdigen. Diese Autobahn ist weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar, und sie würde auch nicht zu den erhofften Verkehrsentlastungen führen. Einzigartige Natur- und Erholungsflächen würden auch beim Bau von Teilstrecken in Tunnelbauweise zerstört. Der Bau wäre mit immensen Kosten von jetzt geschätzten 1,2 Milliarden Euro verbunden. Realistischerweise können wir davon ausgehen, dass wir bei Realisierung bei mindestens 2 Milliarden Euro wären. Die Entlastungswirkung auf dem Ost- und Nord-Autobahnring von nur 7,5 % kann dies alles nicht rechtfertigen.

Dass der Autobahn-Südring weder finanzierbar noch durchsetzbar ist, hat sich inzwischen auch bei der Staatsregierung herumgesprochen. Dafür hat auch der breite Widerstand vor Ort quer über alle Parteigrenzen hinweg gesorgt. Herausgekommen ist aber ein typisches Seehofer-Wackelpudding-Machtwort. Die Planung soll demnach nur aufgeschoben, nicht aber aufgehoben werden. Den Befürwortern wie Gegnern erlaubt dieser Formelkompromiss, dies als jeweiligen Sieg zu feiern. Da ist doch wirklich die nötige Skepsis angebracht.

Bezogen auf den sogenannten Planungsstopp ist dieses - in Anführungszeichen - "Machtwort" völlig inhaltslos, genauso wie auch der Antrag der Koalitionsfraktionen. Die Perspektive, das Projekt zehn Jahre ruhen zu lassen, wäre auf jeden Fall eingetreten. Auch bei Aufnahme in den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 würde sich bis 2020 sowieso nichts tun.

Ein solches "Machtwort" kann vielleicht zu einer momentanen Befriedung führen, eine Entscheidung ist das aber nicht. Es ist jetzt an der Zeit, eine klare Entscheidung zu treffen. Es ist an der Zeit, die vielfältigen Argumente endlich zur Kenntnis zu nehmen, die gegen den Autobahnbau sprechen. Es ist an der Zeit, dem Projekt eine klare Absage zu erteilen, anstatt Hintertürchen und Optionen offen zu lassen und die Bevölkerung weiter im Unklaren zu lassen.

Und es ist an der Zeit, den vom bestehenden Straßennetz lärmgeplagten Menschen endlich mit wirksamen Lärmschutzmaßnahmen zu helfen, anstatt neue Fernstraßen zu bauen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die vielfältigen Anträge der GRÜNEN, wenigstens Tempolimits anzuordnen, die für die Anwohner der Autobahnen eine deutliche Entlastung bringen würden, lehnen die Koalitionsfraktionen regelmäßig ab. Vor Ort formiert sich der Widerstand unter dem Schlagwort "Lärmschutz statt Autobahn-Südring". Das ist das Motto der Menschen in der Region, die sich nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen. Oft wurde gesagt, der Norden bekommt immer die Negativeinrichtungen und der Süden hat bisher noch nichts davon abbekommen. Aber diese Argumentation zieht eben nicht, weil die Entlastungswirkung im Norden nicht eintreten würde. Und die Menschen kommen langsam darauf, dass sie bisher nur gegeneinander ausgespielt worden sind. Das lassen die Menschen nicht mehr mit sich machen.

Geben Sie sich einen Ruck, geben Sie dem Autobahn-Südring endlich den Todesstoß, damit er endgültig in der Schublade verschwindet und auch nicht mehr herausgeholt wird, und zwar auf Dauer. Ich weiß natürlich, dass ein nächster Landtag wieder anders entscheiden kann. Aber über so eine Entscheidung dieses Landtags in dieser Legislaturperiode würde sich, glaube ich, ein späterer Landtag angesichts der massiven Kosten nicht hinwegsetzen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Frau Kollegin Tausendfreund, bleiben Sie bitte hier für eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU):** Sehr geehrte Frau Tausendfreund, wir haben inhaltlich vollkommen deckungsgleiche Ansichten, nachdem wir im selben Stimmkreis kandidieren und dort im Stimmkreis dafür eintreten, dass der Südring nicht kommen soll.

Ich würde von Ihnen gerne wissen: Sind Sie meiner Auffassung, dass wir sehr froh sind, dass Herr Ministerpräsident Seehofer erklärt hat, dass in den nächsten zehn Jahren der Südring nicht kommen soll? Denn Sie hatten das ein bisschen mit einer Frage verbunden. Ich denke, wir sind hoffentlich gemeinsam froh, dass der Südring in den nächsten zehn Jahren nicht kommen soll. Sie haben gesagt, Sie möchten den Südring ein für alle Mal erledigt sehen. Da sind wir inhaltlich völlig deckungsgleich. Halten Sie es denn für realistisch, dass, wenn wir heute den Beschluss fassen, es keine Generation mehr geben wird, die dieses Thema wieder auf die Tagesordnung bringt?

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön. Frau Kollegin Tausendfreund, Sie haben das Wort.

**Susanna Tausendfreund (GRÜNE):** Zunächst einmal bin ich natürlich über die zehn Jahre Planungspause sehr froh. Allerdings ändert das nichts, wie ich schon ausgeführt habe, an dem Faktum, dass in den nächsten zehn Jahren sowieso nichts passiert wäre, weil erst ein Antrag gestellt werden muss, dieses Projekt in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen, der erst 2015 wieder aufgelegt wird und in dem der Autobahn-Südring mit Sicherheit nicht eines der favorisierten Projekte würde. So hätte sich bis 2020 aller Voraussicht nach sowieso nichts getan. Sicherlich sind mit diesem "Wackelpudding-Machtwort" erst einmal alle Seiten befriedet worden. Aber, wie gesagt, man muss wachsam sein.

Zweiter Punkt. Natürlich kann sich ein späterer Landtag über eine Entscheidung dieses Landtags hinwegsetzen. Aber er tut sich deutlich schwerer, dies zu begründen, wenn der Landtag heute ein klares Nein auf Dauer sagt, während FDP und CSU beantragt haben, nur einen Planungsstopp zu verkünden, aber die Option für eine spätere Planungsaufnahme beizubehalten, also eine ausdrückliche Option, dass dieses Projekt zu einem späteren Zeitpunkt weiterverfolgt werden kann. Ich denke, das ist ein deutlicher inhaltlicher Unterschied.

Ich hoffe, dass Sie sich unserem Antrag anschließen. So haben Sie es mir gegenüber angekündigt. Ich finde es sehr gut, dass Sie aus der Fraktions- und Koalitionsdisziplin ausbrechen. Auch die Kommunalpolitiker vor Ort und die Abgeordneten vor Ort sind sich im Ergebnis einig, dass wir diesen Autobahn-Südring verhindern wollen. Allerdings gibt es leider immer wieder ernst zu nehmende Kräfte, die dieses Projekt weiter betreiben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin Tausendfreund. Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Bernhard das Wort. Bitte schön.

**Dr. Otmar Bernhard (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die A 99 ist immer als ein Ring um München herum geplant worden. Das war immer die grundlegende Idee. Wir wollten nie, was vonseiten der SPD vorgetragen wird, einen Torso bauen, das heißt einen Ring, der nicht geschlossen ist. Wir haben eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die ergeben hat, dass das Projekt machbar ist. Es ist ökologisch schwierig - das ist keine Frage -, aber dafür gibt es die entsprechenden Verfahren, das heißt, das Planfeststellungsverfahren sowie entsprechende Ausgleichsmaßnahmen. Das Projekt ist notwendig, weil wir eine weiträumige und großräumige Verteilung des überregionalen und regionalen Ver-

kehrs brauchen. Es hat keinen Sinn, Autobahnen am Mittleren Ring enden zu lassen, den Verkehr in der Stadt zu verteilen und ihn anschließend wieder auf die Autobahnen zu führen. Wir brauchen diese vernünftigen Anschlüsse für die Autobahnen im Westen, im Süden sowie im Südosten.

Wir bekommen dadurch in München, insbesondere am Mittleren Ring, im Südwesten eine massive Entlastung. Es werden 18.000 Fahrzeuge weniger erwartet, Frau Kollegin. Das ist eine ganze Menge. Auch der Nordosten wird in Bezug auf die Autobahn A 99 entlastet. Den Effekt haben Sie daran bemerkt, dass die Kommunen dort gegen ihre Position protestiert haben. Wir werden weiter massive Verkehrszuwächse bekommen, insbesondere beim Lkw-Verkehr. Das weiß jeder. Ich konnte damals als Umweltminister das Transitverbot für Lkw in München nicht vollständig durchsetzen, weil der Bereich im Südwesten keine Autobahnumfahrung besitzt. Sie können heute im Südwesten die schönen gelben Hinweisschilder in Bezug auf die Umleitung des Lkw-Verkehrs mitten durch die Wohngebiete sehen. Das ist keine sinnvolle Lösung.

Auch Alternativen greifen hierbei nicht. Wir können die Lkw - das leuchtet jedem ein - nicht in den ÖPNV hineinpacken. Der ÖPNV wird ohnehin in München mit aller Kraft ausgebaut.

(Ludwig Wörner (SPD): Was Sie behindern!)

- Wir behindern gar nichts, Herr Wörner. Wir kämpfen dafür und das wissen Sie: zweite Stammstrecke, U-Bahnen usw. Ihnen ist doch geläufig, dass wir dabei ganz vorne stehen.

Wir sehen aber, dass wir für den Lkw-Verkehr und den Pkw-Verkehr vernünftige Lösungen brauchen. Deshalb, Frau Kollegin, will ich unsere Position klar darstellen, damit es keine Unklarheiten gibt. Dieses Autobahnteilstück bleibt eine Option für die Zukunft. Es ist machbar und ist nicht von der Agenda gestrichen; ich will das ganz deutlich sagen. Hinsichtlich der Realisierung brauchen wir eine Zeitschiene; das ist heute bei jedem Autobahnprojekt so. Als wir den Westteil der A 99 gebaut haben - im Übrigen in meinem Stimmkreis -, habe ich den Mut gehabt, dafür einzutreten. Die Menschen dort sind mir heute dafür dankbar, dass ich dafür eingestanden bin, weil sie nunmehr weniger Verkehr zu ertragen haben. Auch das müssen Sie sich einmal überlegen.

(Beifall bei der CSU)

Ein solches Projekt dauert seine Zeit; wir sehen das bei allen Großprojekten und bei allen Autobahnprojekten. Es muss jedem klar sein, dass es zehn bis fünf-

zehn Jahre dauert. Natürlich ist auch die Finanzierung schwierig, denn wir wissen alle, dass der Bundesverkehrswegeplan leider unterfinanziert ist. Wir wollen dieses Projekt aber vorantreiben, weil es mit Blick auf die Zukunft sinnvoll ist. Wir brauchen dafür einen langen Atem.

Wir sollten eines bedenken: Bayern hat nicht zuletzt deshalb eine derart starke wirtschaftliche Position, über die wir uns alle freuen, weil wir in der Vergangenheit zu entsprechenden Projekten gestanden sind und diese durchgesetzt haben. Es gibt Vertreter von Parteien, die gegen den Flughafen waren. Ich möchte sie heute fragen, welchen Stellenwert Bayern als Wirtschaftsstandort hätte, wenn wir den Flughafen nicht gebaut hätten. Wir brauchen dieses Teilstück der Autobahn im Münchner Südwesten und wir werden sehen, was die Zukunft hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten bringen wird. Ich habe großes Verständnis, wenn Kollegen vor Ort solche Positionen einnehmen. Ich verstehe das vollkommen, obgleich ich es damals nicht getan habe, als die Autobahn gebaut worden ist.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Thalhammer das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie bei vielen Baumaßnahmen in diesem Land gibt es auch beim Autobahn-Südtring ein Für und Wider. Beide Seiten haben dafür wichtige Argumente und man muss diese vernünftig abwägen. Frau Kollegin Tausendfreund, Sie sagen, der Plan für den Autobahn-Südtring werde immer wieder aus der Schublade gezogen und deshalb fordern Sie jetzt endlich Klarheit für die Bevölkerung. Da muss ich Ihnen leider mitteilen, dass Sie die Faktenlage verkennen. Wenn jemand dieses Thema immer wieder aus der Schublade zieht, dann sind Sie das. Wir haben über diese Thematik bereits einige Male gesprochen und es gibt auch Klarheit für die Bevölkerung.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode ganz klar gesagt: Es gibt keine Fortschreibung des Bundesfernstraßenplans. Des Weiteren kann man davon ausgehen - unabhängig davon, wie man zum Autobahn-Südtring stehen mag -, dass das ermittelte Kosten-Nutzen-Verhältnis zwar prinzipiell die Möglichkeit der Realisierung offen lässt, die Maßnahmen jedoch auch in einem etwaigen zukünftigen Bundesfernstraßenplan nur in den erweiterten Bedarf eingestuft werden können, da sie nicht so ausschweifend sind. Folglich liegt die Umsetzung, wenn es eine solche hypothetische Betrachtung überhaupt

geben kann, sehr weit in der Zukunft. Deswegen verstehe ich nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass Sie heute zum wiederholten Male einen entsprechenden Antrag stellen und ein Problem aufwerfen, das sich derzeit nicht als solches darstellt. Ich verstehe auch nicht, um einmal die Seite der Autobahnbefürworter zu betrachten, Kollegen Gantzer von der SPD, der, obwohl er die Tatsachen kennt, ein Gantzersches Grundlagenpapier für den Bau des Südtrings gefordert hat. Genauso wenig wie das Anliegen der GRÜNEN steht auch das Anliegen des Kollegen Gantzer im Moment zur Debatte.

Liebe Kollegin Schreyer-Stäblein von der CSU, Sie vertreten den Stimmkreis der Betroffenen: Wenn ich mir die Zeitspanne betrachte, in welcher eventuell ein solcher Südtring gebaut werden könnte und ich des Weiteren sehe, dass im Süden von München derzeit mehrere Großfirmen abwandern, so weiß ich nicht, ob man mit einem wirtschaftlichen Feingespür zum heutigen Zeitpunkt für die kommenden Jahrzehnte ausschließen kann, jemals einen solchen Südtring zu bauen.

Deswegen gilt es, diese Thematik erst dann, wenn sie wieder aktuell ist, sachlich abzuwägen. Natürlich - ich sage das als umweltpolitischer Sprecher - müssen wir uns um die Ökologie dort Sorgen machen. Wir dürfen aber nicht nur die Natur schützen, sondern müssen auch die Menschen schützen. Ich bitte, auch in den Landkreismunicipalitäten zu schauen, wie viele Autos, wie viele Lkw auf der Bundesstraße 471 täglich durch die Ortskerne fahren. Auch die dort lebenden Menschen haben ein Anrecht auf Schutz.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Das Gleiche gilt für die Menschen im Stadtgebiet. Unabhängig davon, wie man sich entscheiden möchte - sollte diese Entscheidung überhaupt jemals notwendig sein -, ist die vordringlichste Aufgabe, den Großraum München jetzt, nicht erst in zwei Jahrzehnten, vom Verkehr zu entlasten, indem wir es beispielsweise ermöglichen, mit der B 15 neu den Verkehr, und zwar auch den Lkw-Verkehr, großräumig um München herumzuführen; darüber sollten wir sprechen. Leider hat dazu keiner etwas gesagt. Das sind die Aufgaben, die wir zu erledigen haben. Dafür ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt. Wir sollten keine Debatte über eine Thematik führen, die derzeit nicht relevant ist und bei der immer wieder nur ein Szenario thematisiert wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächste hat Frau Kollegin Kohlen das Wort.

**Natascha Kohnen (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Thalhammer, ich weiß nicht, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort war gut: Er will gar nichts. Dann können Sie doch gegen den Südring stimmen.

Ich erkläre es Ihnen vielleicht einmal und Sie können versuchen, zuzuhören. 2004 wurde das Verkehrsprojekt Südring A 99 aus dem Bundesverkehrswegeplan mit der Begründung - siehe da, Herr Thalhammer - eines hohen ökologischen Risikos und fehlenden Bedarfs herausgenommen. Daran hat sich seit 2004 auch nichts mehr verändert.

(Beifall bei der SPD)

Die Machbarkeitsstudie, die von Frau Tausendfreund bereits angesprochen worden ist, macht deutlich, dass der Raumwiderstand überall hoch bis sehr hoch ist. Die Faktoren sind ökologisch und umweltrechtlich so bedenklich, dass ein Bau der Trasse A 99 nicht möglich ist. Herr Dr. Bernhard, für Sie könnte interessant sein, was alles in der Machbarkeitsstudie weggelassen worden ist. Was passiert, wenn Sie die "grüne Lunge", die Kaltluftschneise, in einer Asphaltorgie wegrasieren? Welche Feinstaubbelastung ist für München zu erwarten? Statt der benötigten Sauerstoffzufuhr für München haben Sie noch mehr Autos in der Stadt. Das ist doch alles Quatsch.

(Beifall bei der SPD)

Ökologisch ist überhaupt nicht geklärt, welche Luftbelastungen ein möglicher Tunnelbau verursachen könnte. Davon ist keine Rede. Die Auswirkungen auf die Trinkwassergewinnung sind von der Machbarkeitsstudie ebenfalls nicht erfasst worden. Was würde geschehen, wenn das Isarhochufer durch den Bau erschüttert wird? Im Prinzip könnten wir uns gleich die Renaturierung sparen. Wozu feiern wir 40 Jahre Umweltpolitik in Bayern, wenn der Bau des Autobahn-Südrings A 99 realisiert wird?

(Beifall bei der SPD)

Aus umweltökologischen Aspekten werden die geothermischen Vorhaben zum Beispiel in Pullach, wo sich die Gemeinden um eine alternative Energieversorgung bemühen, völlig missachtet. Dort sollen die verschiedenen Trassen realisiert werden. Jedoch hat sich kein Mensch Gedanken über diese geothermischen Vorhaben gemacht. Ein Faktor, der in der Machbarkeitsstudie ebenfalls keine Berücksichtigung findet und als weich bezeichnet wird, ist die so-

nannte Artenvielfalt, die durch die Realisierung des Autobahn-Südrings A 99 stark dezimiert würde. Dies wäre wieder nicht im Sinne der bayerischen Umweltpolitik. Herr Söder hat es vorgezogen, gar nicht weiter zuzuhören.

Herr Thalhammer, der Kosten-Nutzen-Faktor ist nicht sehr hoch. Er liegt zwischen 1,81 und 1,96. Das ist nicht hoch. Bei der Vorstellung der Machbarkeitsstudie - einige Kollegen waren da - ist Herr Professor Kurzak gefragt worden, wie hoch der Kosten-Nutzen-Faktor sei. Dieser sei nicht so hoch wie bei bereits realisierten Straßenprojekten. Dort liegt der Kosten-Nutzen-Faktor bei 4,7. Die Antwort von Professor Kurzak, der für diese Machbarkeitsstudie verantwortlich gewesen ist, lautete - man höre -: Der politische Wille soll es möglich machen. Darum geht es und um nichts anderes.

Angesichts der Kosten von mindestens 1,2 Milliarden Euro, des immer wieder beklagten Flächenfraßes - Herr Beckstein hat in den letzten Jahren immer wieder über den Flächenfraß in Bayern geklagt - und angesichts der heutigen Diskussion über die ökologische Ausgestaltung von Olympia muss man sich fragen, ob die Ökologie bei der Realisierung des Autobahn-Südrings A 99 überhaupt eine Rolle spielt.

Herr Thalhammer läuft sich schon warm. Ich freue mich darauf. Herr Thalhammer, Investitionen in die Zukunft, selbst wenn sie auf die lange Bank geschoben werden, sollten nicht aus Asphaltorgien mit gigantischen Kosten bestehen. Zukunft heißt: Investition in Bildung und Soziales. Das ist nachhaltig.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Frau Kollegin Kohnen, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Thalhammer zu?

**Natascha Kohnen (SPD):** Gerne. Herr Thalhammer wohnt auch im Süden Bayerns.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bitte schön, Herr Thalhammer.

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kohnen, wir wohnen im gleichen Ort, in Neubiberg im Süden. Prinzipiell kann man nicht von einer breiten Ablehnung im Süden über alle Bevölkerungsschichten hinweg sprechen. Ich konnte Folgendes beobachten: Je weniger mögliche Trassenführungen es gab, desto weniger Leute sind dagegen auf die Barrikaden gegangen.

Frau Kohnen, um Ihren Wortbeitrag besser einschätzen zu können, interessiert mich, ob Sie in diesem

Punkt im Namen der gesamten SPD-Fraktion sprechen. Sind Sie in diesem Punkt mit Ihrem Fraktionskollegen Professor Peter Paul Gantzer, der ebenfalls im Landkreis München wohnt, einer Meinung?

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Frau Kollegin Kohnen, ich werte den Beitrag des Herrn Kollegen Thalhammer als Zwischenbemerkung. Damit haben Sie die Möglichkeit, auf diese zu antworten. Eigentlich wäre Ihre Zeit jetzt abgelaufen.

**Natascha Kohnen (SPD):** - Meine Zeit ist noch nicht abgelaufen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Thalhammer, habe ich irgendetwas über den Widerstand breiter Bevölkerungsschichten gesagt? - Nein. Insofern antworte ich auf den ersten Teil Ihrer Frage nicht. Sie haben gefragt, ob die SPD-Fraktion geschlossen für den Antrag der GRÜNEN stimmen werde. Da kann ich Ihnen sagen: Ja. Sie wissen, dass es eine örtliche Befindlichkeit gibt. In der CSU gibt es scheinbar ebenfalls eine örtliche Befindlichkeit. Wir haben in der SPD-Fraktion - das ist der Unterschied zu Ihrem Redebeitrag - eine sehr sachliche Diskussion geführt. Wir führen keine Diskussion der örtlichen Befindlichkeiten. Stattdessen haben die Sachargumente entschieden. Herr Thalhammer, solange der Südring nicht an Ihrer Tür vorbeiführt, scheint es Sie nicht zu jucken.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Alexander Muthmann (FW):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir lösen die Probleme dann, wenn sie zur Lösung anstehen. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollten entsprechend gewürdigt werden. Allerdings sollte ebenfalls berücksichtigt werden, dass wir sehr viel wichtigere Verkehrsinfrastrukturprojekte vor uns haben, die der Realisierung und Finanzierung harren. Die Frage nach der Realisierung des Autobahn-Südrings A 99 stellt sich derzeit überhaupt nicht. Die Verantwortlichen werden zum passenden Zeitpunkt eine Bewertung vornehmen und entscheiden. Darüber hinaus spielen die ökologische Entwicklung sowie die Verkehrsentwicklung zu diesem Zeitpunkt ebenfalls eine Rolle. Zum jetzigen Zeitpunkt halten wir es für falsch, den Südring ein für alle Mal und für alle Ewigkeit für erledigt zu erklären. Das ist nicht notwendig, da es keine sachliche Veranlassung dafür gibt. Wir sollten jetzt keine Detaildiskussion führen, da eine Realisierung des Südrings zum jetzigen Zeitpunkt nicht

zu erwarten ist. Deshalb müssen wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen und dem Antrag der CSU und der FDP zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Letzter hat Herr Staatssekretär Eck das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema des Antrages sollte zu einem Zeitpunkt diskutiert werden, zu dem es angesagt und gefragt ist. Herr Kollege Muthmann und Herr Kollege Thalhammer haben dies bereits zum Ausdruck gebracht. Das möchte ich nicht wiederholen. Allerdings möchte ich es auch nicht so stehen lassen. Frau Kollegin Tausendfreund, Sie haben gesagt, der Machbarkeitsstudie sei zu entnehmen, dass das Projekt eindeutig nicht realisierbar sei. Es sei falsch und nicht realisierbar. Das geht aus der Machbarkeitsstudie nicht hervor. Frau Kollegin Kohnen, Sie haben ebenfalls von einem unüberwindbaren Risiko gesprochen. Sie haben das Wort "Asphaltorgie" in den Mund genommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine anständige und würdevolle Diskussion.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sollten uns auf die Dinge konzentrieren, die wir wirklich brauchen. Wir sollten die Entscheidungen, die zu gegebener Zeit anstehen werden, zukünftigen Generationen nicht vorwegnehmen. Momentan ist das Projekt für den derzeitigen Bedarfsplan nicht vorgesehen. Derzeit haben wir sicherlich nicht die Mittel, um dieses Projekt zu finanzieren. Erst wenn die Zeit gekommen ist, dass wir dieses Projekt finanzieren und im Bedarfsplan unterbringen können, können wir auch über dieses Projekt diskutieren. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN abzulehnen und dem von der CSU und der FDP gestellten Antrag zu folgen. Er gibt uns nämlich eine Option und lässt für die Zukunft Wege offen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/5217 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/6030 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Für diesen Dringlichkeitsantrag wurde namentliche

Abstimmung beantragt. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir danach noch eine zweite namentliche Abstimmung über den Antrag der CSU und der FDP durchführen werden. Für die Stimmabgabe stehen fünf Minuten zur Verfügung. -

(Namentliche Abstimmung von 17.21 bis 17.26 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit von fünf Minuten ist vorbei. Ich schließe die Abstimmung, sobald Herr Kollege Hintersberger seine Stimme abgegeben hat.

Ich erteile jetzt nach § 133 Absatz 2 der Geschäftsordnung Herrn Kollegen Prof. Dr. Gantzer das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung. Herr Kollege, Sie haben fünf Minuten Zeit, diese Erklärung abzugeben.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD):** Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe eben gegen den GRÜNEN-Antrag gestimmt und werde natürlich umgekehrt gleich für den Antrag der Koalition stimmen. Als betroffener Stimmkreisabgeordneter sehe ich die Lage anders als die Stimmkreisabgeordneten aus dem Süden, die ihre Interessen haben. Ich muss aber die Interessen der Bevölkerung des Münchner Nordens wahren.

Zu dieser kurzen Diskussion stelle ich deswegen Folgendes fest: Wir haben dort oben die meistbefahrene Autobahn Europas. Die meisten von Ihnen kommen aus dem Münchner Norden und werden das miterlebt haben. Wir haben täglich fast 150.000 Fahrzeuge. Es wurde gesagt, ein Südring würde keine Entlastung bringen, nur eine Entlastung um etwa 10 %. Das sind aber 15.000 Fahrzeuge weniger am Tag. So viele Fahrzeuge hat manche Gemeinde nicht einmal im Monat. Das gebe ich als erstes zu bedenken.

Der zweite Punkt wurde von Frau Tausendfreund hervorgehoben: Lärmschutz. Wenn Sie uns einen wirklichen Lärmschutz geben wollen, kostet der ein Vielfaches dessen, was der Südring kosten würde. Denn mit ein paar Mauern ist es da nicht getan. Sie müssen tieferlegen und untertunneln. Deshalb ist das eine reine Schaumschlägerei. Es ist auch nicht das Hauptproblem im Norden. Das Hauptproblem ist: Wenn auf der Autobahn ein Stau ist, dann sind davon alle Gemeinden im Münchner Norden betroffen. Der gesamte Verkehr, der ausweicht, geht durch die Gemeinden im Münchner Norden. Das ist eine Situation, die den Menschen dort oben nicht mehr zugemutet werden kann.

Das ist auch der Grund dafür, dass sich sämtliche Kommunalpolitiker des Münchner Nordens gerade schriftlich an den Innenminister gewandt und darum

gebeten haben, den Südring voranzutreiben. Deswegen ist auch die Aussage von Herrn Thalhammer nicht richtig. Er ist natürlich erst jung im Landtag und weiß nicht, dass solche Vorhaben nicht von heute auf morgen erledigt werden können. Das braucht einen Vorlauf. Deswegen ist auch sein Einwurf "steht nicht zur Debatte" völlig falsch. Es geht darum, dass wir als erstes in Angriff nehmen müssen, dass der Bundesverkehrswegeplan umgeschrieben wird. Das wird erst in zwei bis drei Jahren wieder der Fall sein können. Das erfordert eine vorausschauende Arbeit. Lieber Herr Thalhammer, Vorhaben von heute auf morgen zu betreiben, kann man vielleicht im Künstler-Bereich machen, aber nicht in der Politik. Hier müssen Sie schon langfristig denken.

Ich fasse das zusammen: Meine Damen und Herren, wir haben eine Machbarkeitsstudie. Lesen Sie diese bitte durch, auch diejenigen, die nicht betroffen sind. Sie werden sehen, dass der Vorschlag, der dort gemacht worden ist, durchaus hinnehmbar ist. Es kommt nicht zu den befürchteten großen Umweltbelastungen. Diese Machbarkeitsstudie ist sehr umfangreich und sehr ernsthaft erarbeitet worden. Im Hinblick auf diese Machbarkeitsstudie bitte ich Sie um Verständnis dafür, dass mein Abstimmungsverhalten so ist, wie ich es am Anfang geschildert habe. Vielen Dank und einen schönen Abend noch.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Kollege. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf der Drucksache 16/5379, das ist der Antrag der Fraktionen der CSU und der FDP. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/6034 die unveränderte Annahme. Ich bitte Sie, anschließend noch bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses hierzubleiben. Es wird unmittelbar nach der Auszählung bekanntgegeben. Ich eröffne jetzt die namentliche Abstimmung. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.31 bis 17.34 Uhr)

Haben alle ihre Stimmen abgegeben? - Dann schließe ich die namentliche Abstimmung. -

Ich bitte kurz um Aufmerksamkeit: Nach der Verkündung des Ergebnisses der beiden namentlichen Abstimmungen wird die Sitzung geschlossen. Ich bitte Sie deswegen, noch dazubleiben.

Ich möchte noch eine technische Mitteilung machen: Die Projektgruppe "Landesentwicklungsprogramm" unter Vorsitz von Erwin Huber tagt sofort im An-

schluss an die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses im Sitzungssaal N 501. Das war ursprünglich für 19.00 Uhr vorgesehen. Ich teile das hier mit, damit die Arbeit im Hause reibungslos weitergehen kann.

(Zurufe von der SPD)

Auf Bitten der SPD-Fraktion teile ich Vergleichbares für die Mitglieder der SPD-Fraktion mit: Der Arbeitskreis unter Federführung des Kollegen Wengert tagt im Gebäude in der Ismaninger Straße 9.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt. Zunächst teile ich das Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote und anderer und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Klare Absage an eine Realisierung des Autobahn-Südrings A 99", Drucksache 16/5217, mit: Mit Ja haben 54 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 109; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2 - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vielleicht kann man sich auch auf der Regierungsbank hinsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich gebe nun das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard, Erwin Huber, Eberhard Rotter und anderer (CSU) sowie der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner und anderer (FDP) betreffend "Autobahn-Südring A 99", Drucksache 16/5379, bekannt: Mit Ja haben 108 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 54; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 17.40 Uhr)

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. SPD  
 Klimaschutzziele der Bayerischen Staatsregierung  
 Drs. 16/5128, 16/6239 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung betreffend die Haltung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments hinsichtlich einer gesonderten Regelung für Klontierprodukte  
 Drs. 16/5146, 16/6244 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Franz Schindler u.a. SPD  
 Mittendrin statt Parallel - Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht streichen  
 Drs. 16/5184, 16/6248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures u.a. SPD  
Bayern, aber gerechter  
Anteil der Frauen bei Ordensverleihungen steigern  
Drs. 16/5380, 16/6249 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a.  
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Expertinnen- bzw. Expertenanhörung zu den Konsequenzen der EU-  
Rückführungsrichtlinie auf die Rückkehrpolitik in Bayern  
Drs. 16/5384, 16/6250 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a.  
und Fraktion (FW)  
Möglichkeiten zur flexiblen Vernetzung von Mittel- und Oberstufe im G8 schaffen  
Drs. 16/5450, 16/6253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)  
Festlegen von Schwellenwerten und Spurenkennzeichnung von Allergenen in  
Lebensmittel verpflichtend machen  
Drs. 16/5458, 16/6245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer FW  
Bericht über Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Essstörungen in Bayern  
Drs. 16/5462, 16/6241 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Optimierung der Maßnahmen zum doppelten Abiturjahrgang 2011 an den Gymnasien  
Drs. 16/5476, 16/6254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gesundheitspersonal für das Thema Genitalverstümmelung sensibilisieren  
Drs. 16/5607, 16/6242 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gender Parlament umgesetzt: Anonymisierte Bewerbungen  
Drs. 16/5608, 16/6234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Schutz der mageren Flachlandmähwiesen  
Drs. 16/5610, 16/6246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß u.a. SPD  
Höhergruppierung von Verwaltungsangestellten an staatlichen Schulen  
hier: Fortbildungen für Verwaltungsangestellte  
Drs. 16/5620, 16/6235 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Maria Noichl, Harald Schneider u.a. SPD  
Rodeo-Festivals in Bayern verbieten  
Drs. 16/5628, 16/6247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD  
Zukunft der öffentlich-rechtlichen Sparkassen sichern - Privatisierung verhindern  
Drs. 16/5642, 16/6202 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Goppel, Peter Winter, Manfred Ländner CSU  
Antrag auf eine Bundratsinitiative zur Änderung des  
Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG)  
Drs. 16/5647, 16/6218 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u.a.  
und Fraktion (SPD)  
Insolvenzgerichte flächendeckend erhalten  
Drs. 16/5763, 16/6251 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger,  
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FW)  
Keine Konzentration der Insolvenzgerichte  
Drs. 16/5785, 16/6252 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Aufarbeitung des Passauer Polizei-Dramas und ausreichende Besetzung der Polizeiinspektionen während den Nachtschichten  
Drs. 16/5819, 16/6266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FW)  
Endprothesenregister einrichten - Patienten schützen!  
Drs. 16/4854, 16/6200 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

21. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)  
Bericht zur Neuorganisation der Abteilung Gesundheit im Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit  
Drs. 16/5766, 16/6201 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

**der den Antrag in seiner Zweitberatung für erledigt erklärt hat**

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Johanna Werner-Muggendorfer SPD  
Geschwindigkeitsbegrenzung an der A9 zwischen der Anschlussstelle Trockau und Bayreuth-Süd  
Drs. 16/5850, 16/6199 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.11.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Klare Absage an eine Realisierung des Autobahn-Südrings A 99 (Drucksache 16/5217)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert		X	
<b>Arnold</b> Horst	X		
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X		
<b>Biechl</b> Annemarie		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X		
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun			
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X	
<b>Dechant</b> Thomas		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X		
<b>Dodell</b> Renate		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen		X	
<b>Felbinger</b> Günther		X	
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus			
Dipl.-Designerin (FH) <b>Franke</b> Anne	X		
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul		X	
<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Glauber</b> Thorsten		X	
<b>Goderbauer</b> Gertraud			
<b>Görlitz</b> Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Hacker</b> Thomas		X	
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hallitzky</b> Eike	X		
<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim			
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Hessel</b> Katja		X	
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel			
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Jung</b> Claudia		X	
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver		X	
<b>Klein</b> Karsten		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas			
<b>Ländner</b> Manfred		X	
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula		X	
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa			
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele		X	
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			X
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Pointner</b> Mannfred		X	
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus		X	
<b>Reiß</b> Tobias			
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rötter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg			
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald			
<b>Schneider</b> Siegfried			
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja		X	
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stewens</b> Christa			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zeil</b> Martin		X	
<b>Zeitler</b> Otto		X	
<b>Zelmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	54	109	1

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.11.2010 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard, Erwin Huber, Eberhard Rotter u. a. CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. FDP; Autobahn-Südring A 99 (Drucksache 16/5379)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert	X		
<b>Arnold</b> Horst		X	
<b>Aures</b> Inge		X	
<b>Bachhuber</b> Martin	X		
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X		
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried	X		
<b>Bause</b> Margarete		X	
Dr. <b>Beckstein</b> Günther			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar	X		
Dr. <b>Bertermann</b> Otto	X		
Dr. <b>Beyer</b> Thomas		X	
<b>Biechl</b> Annemarie	X		
<b>Biedefeld</b> Susann		X	
<b>Blume</b> Markus	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold	X		
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter	X		
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun			
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette	X		
<b>Dechant</b> Thomas	X		
<b>Dettenhöfer</b> Petra	X		
<b>Dittmar</b> Sabine		X	
<b>Dodell</b> Renate	X		
<b>Donhauser</b> Heinz	X		
Dr. <b>Dürr</b> Sepp		X	
<b>Eck</b> Gerhard	X		
<b>Eckstein</b> Kurt	X		
<b>Eisenreich</b> Georg	X		
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X		
<b>Felbinger</b> Günther	X		
Dr. <b>Fischer</b> Andreas	X		
Dr. <b>Förster</b> Linus			
Dipl.-Designerin (FH) <b>Franke</b> Anne		X	
<b>Freller</b> Karl	X		
<b>Füracker</b> Albert	X		
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
<b>Gehring</b> Thomas		X	
<b>Glauber</b> Thorsten	X		
<b>Goderbauer</b> Gertraud			
<b>Görlitz</b> Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas	X		
<b>Gote</b> Ulrike		X	
<b>Gottstein</b> Eva	X		
<b>Güll</b> Martin		X	
<b>Güller</b> Harald		X	
<b>Guttenberger</b> Petra	X		
<b>Hacker</b> Thomas	X		
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar		X	
<b>Hallitzky</b> Eike		X	
<b>Hanisch</b> Joachim	X		
<b>Hartmann</b> Ludwig		X	
<b>Heckner</b> Ingrid	X		
<b>Heike</b> Jürgen W.	X		
<b>Herold</b> Hans	X		
Dr. <b>Herrmann</b> Florian	X		
<b>Herrmann</b> Joachim			
Dr. <b>Herz</b> Leopold	X		
<b>Hessel</b> Katja	X		
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Hintersberger</b> Johannes	X		
<b>Huber</b> Erwin	X		
Dr. <b>Huber</b> Marcel	X		
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto	X		
<b>Huml</b> Melanie	X		
<b>Imhof</b> Hermann	X		
<b>Jörg</b> Oliver	X		
<b>Jung</b> Claudia	X		
<b>Kamm</b> Christine		X	
<b>Karl</b> Annette		X	
<b>Kiesel</b> Robert	X		
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver	X		
<b>Klein</b> Karsten	X		
<b>Kobler</b> Konrad	X		
<b>König</b> Alexander	X		
<b>Kohnen</b> Natascha		X	
<b>Kränzle</b> Bernd	X		
<b>Kreuzer</b> Thomas			
<b>Ländner</b> Manfred	X		
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp	X		
<b>Lorenz</b> Andreas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian		X	
<b>Maget</b> Franz		X	
<b>Matschl</b> Christa			
<b>Meißner</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte	X		
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Miller</b> Josef			
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Mütze</b> Thomas		X	
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Naaß</b> Christa		X	
<b>Nadler</b> Walter	X		
<b>Neumeyer</b> Martin	X		
<b>Nöth</b> Eduard	X		
<b>Noichl</b> Maria		X	
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele	X		
<b>Perlak</b> Reinhold		X	
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pointner</b> Mannfred	X		
<b>Pranghofer</b> Karin		X	
<b>Pschierer</b> Franz Josef	X		
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph		X	
<b>Radwan</b> Alexander	X		
<b>Reichhart</b> Markus	X		
<b>Reiß</b> Tobias			
<b>Richter</b> Roland	X		
Dr. <b>Rieger</b> Franz	X		
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Ritter</b> Florian		X	
<b>Rohde</b> Jörg	X		
<b>Roos</b> Bernhard		X	
<b>Rötter</b> Eberhard	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
<b>Rüth</b> Berthold	X		
Dr. <b>Runge</b> Martin		X	
<b>Rupp</b> Adelheid		X	
<b>Sackmann</b> Markus	X		
<b>Sandt</b> Julika	X		
<b>Sauter</b> Alfred	X		
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schindler</b> Franz		X	
<b>Schmid</b> Georg			
<b>Schmid</b> Peter	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga		X	
<b>Schneider</b> Harald			
<b>Schneider</b> Siegfried			
<b>Schöffel</b> Martin	X		
<b>Schopper</b> Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika	X		
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan		X	
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Schwimmer</b> Jakob	X		
<b>Seidenath</b> Bernhard	X		
<b>Sem</b> Reserl	X		
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Sinner</b> Eberhard	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin		X	
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stachowitz</b> Diana		X	
<b>Stahl</b> Christine		X	
<b>Stamm</b> Barbara	X		
<b>Stamm</b> Claudia		X	
<b>Steiger</b> Christa		X	
<b>Steiner</b> Klaus	X		
<b>Stewens</b> Christa			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia	X		
<b>Stöttner</b> Klaus	X		
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone		X	
<b>Taubeneder</b> Walter	X		
<b>Tausendfreund</b> Susanna		X	
<b>Thalhammer</b> Tobias	X		
<b>Tolle</b> Simone		X	
<b>Unterländer</b> Joachim	X		
Dr. <b>Vetter</b> Karl	X		
<b>Wägemann</b> Gerhard	X		
<b>Weidenbusch</b> Ernst	X		
<b>Weikert</b> Angelika		X	
Dr. <b>Weiß</b> Bernd	X		
Dr. <b>Weiß</b> Manfred	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit		X	
<b>Will</b> Renate	X		
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Winter</b> Peter	X		
<b>Wörner</b> Ludwig		X	
<b>Zacharias</b> Isabell		X	
<b>Zeil</b> Martin	X		
<b>Zeitler</b> Otto	X		
<b>Zellmeier</b> Josef	X		
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas	X		
<b>Gesamtsumme</b>	108	54	1